

Der Zimmerer.

Organ des Verbandes deutscher Zimmerleute (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mh. 1.50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfstraße 28, I.

Nr. 39.

Hamburg, den 29. September 1894.

6. Jahrgang.

Inhalt: Die moralische Qualifikation der Streikbrecher. — Staatshilfe und Arbeitsvermittlung. — Berichte. — Baugewerbliches. — Sozialpolitisches. — Gewerblichkeits- und Lohnbewegung. — Gewerbegerichtliches. — Polizeiliches und Gerichtliches. — Literarisches. — Abrechnung des Verbandes deutscher Zimmerleute über 2. Quartal. Abschluß der Hauptkasse. — Briefkasten der Redaktion. — Versammlungs-Anzeiger. — Anzeigen. — Verkehrslokale.

Lohnbewegung.

Der Bezug ist fernzuhalten in Düsseldorf von den Plänen und Bauten der „Meister“ Frank, Philipp Fuchs und Wunsch, in Wandsbek vom Koch'schen Plage und von dessen Bauten.

Aufforderung.

Während der letzten Woche ist bei dem Unterzeichneten ein längerer Brief ohne Angabe des Ortes eingegangen. Auch ist derselbe nicht mit dem Verwaltungsstempel versehen, wohl aber gezeichnet „S. A.: S. Storjohann, Schriftführer.“ Da wir nun nicht ermitteln können, welchem Lokalverband genannter Schriftführer angehört, ersuchen wir denselben, uns dies sofort mittheilen zu wollen.

Der Verbands-Vorstand.

Die moralische Qualifikation der Streikbrecher.

Motto: „Den Riß, der durch die Menschheit geht, füllt Ihr nicht mehr zusammen.“

Diejenigen Bevölkerungsklassen, die ein Interesse daran haben, daß die heutigen Zustände erhalten bleiben, und noch mehr die Klassen, die ein besonderes Interesse daran haben oder doch mindestens zu haben meinen, daß die Verhältnisse nicht zu Gunsten der Arbeiterklasse verändert werden, belobigen jeden Menschen, der solchen Veränderungen entgegen arbeitet. Wir finden daher, daß Polizeispitzel, berufsmäßige und rachsüchtige Denunzianten, sowie Streikbrecher, bei diesen Klassen höher im Ansehen stehen als die ehrenhaftesten Arbeiter, die ihre Lage zu verbessern streben, bestimmte Forderungen aufstellen und deren Durchführung eventuell erzwingen. Diese betrachtet man als Verbrecher, jene als Gesellschaftsretter, als eine Art Helden!

Daß dem so ist, erklärt sich daraus, daß es keine selbstständige, von Allen losgelöste Moral giebt; die einzelnen Moralbegriffe entspringen vielmehr den materiellen Verhältnissen der Menschen, der Gesellschaft überhaupt. Die Moral ist also keine göttliche Eingebung, sondern wir produzieren dieselbe je nach unseren Bedürfnissen. Da nun die heutige Gesellschaft aus mehreren Klassen besteht oder in solche getrennt worden ist, und jede Klasse ihre speziellen Klasseninteressen hat, versucht auch jede Klasse die öffentliche Moral ihren Spezialinteressen anzupassen. Daß nun die Klassen mit gegensätzlichen Interessen hierbei in Konflikt gerathen, ist ganz selbstverständlich. Es kommt zwischen den, sagen wir zwei gegensätzlichen Interessengruppen, zum Kampf um den Sieg in der öffentlichen Moral, und zwar „zum Kampf bis auf's Messer“, wie man sprichwörtlich zu sagen pflegt. Denn die Interessengruppen-

gruppe, welche äußerlich den Sieg behält, bekommt dadurch eine gewaltige Macht zur Förderung ihrer materiellen Interessen in die Hand.

Wir sagten mit Vorbedacht: „äußerlich den Sieg behält“, denn daß eine Interessengruppe der anderen, das heißt Menschen mit anderen Interessen, ihre Moralbegriffe aufzwingen kann, ist schlechterdings unmöglich. Die eine Interessengruppe kann die andere freilich physisch unterdrücken und dann systematisch geistig versumpfen, so daß diese wie das Vieh dem Machtgebot gehorcht; es ist aber undenkbar, daß ein mit Vernunft begabter Mensch, der Freiheit zum Handeln besitzt, zu der Ueberzeugung gebracht werden kann, daß die ihn schädigenden Interessen eines Anderen unantastbar sind und heilig gesprochen werden müßten.

In einem Klassenstaate wird, bei allgemeiner gleicher geistiger Bildung der Staatsbürger, diejenige Interessengruppe die öffentliche Moral beherrschen, oder gleich richtig ausgedrückt, den Staat nach ihren Moralbegriffen leiten, die eben die Mehrzahl der Staatsbürger in sich schließt.

Heute ist das so weit noch nicht! Eine Gesellschaftsklasse, die wieder aus mehreren, aber in gewissen Richtungen ziemlich identischen Interessengruppen besteht und keineswegs die Mehrzahl der Staatsbürger in sich faßt, ist noch in der für sie recht angenehmen Lage, den Staat nach ihren Moralbegriffen lenken zu lassen.

Dieser Klasse wird es freilich immer schwieriger, das Staatsschiff gegen den Strom, das heißt gegen die Interessen einer an Personenzahl größeren Klasse wie sie ist, zu steuern. Die Arbeiterklasse, die seit Jahrhunderten systematisch in Versumpfung gehalten worden, wacht auf; die Klassengenossen fangen in immer weiteren Kreisen an zu denken, darum kann die besitzende Klasse, die heute das Steuerruder führt, nicht mehr ohne Weiteres den Weg vorschreiben, den der Staat zu nehmen hat. Sie muß nun den Kampf im öffentlichen Geistesleben wieder aufnehmen, sie muß gegen die Moralbegriffe ankämpfen, welche die Arbeiterklasse aus ihren materiellen Verhältnissen heraus entwickelt und zur Anerkennung bringen will, denn die Anerkennung der Moralbegriffe unserer Klasse heißt nichts Geringeres, als der Staat wird unseren Interessen dienlich gemacht — und er förderte doch die Interessen der besitzenden Klasse so gut!

Es ist nun äußerst interessant, die besitzende Klasse bei der Arbeit zu sehen, wie sie bald am Ende ihres Lateins ist; selbst kann sie nichts, nein, den Geisteskampf müssen gutbezahlte, aber nichtsdestoweniger oft elende Skribenten führen. Die Klistammer wird leerer und immer leerer; charakteristisch ist das oben Gesagte: Jede Stütze, jeder „Gesellschaftsretter“ muß schon von einem gewissen Nimbus umwoben werden.

Nun ein praktisches Beispiel:

Es ist ein lange gehegter Wunsch der Ausbeuter, den Arbeitern das Koalitionsrecht noch weiter zu beschneiden. Sie glaubten sich schon am Ziel, als von Seiten der Reichsregierung der „neue“ § 153 zur Reichsgewerbeordnung eingebracht wurde. Derselbe fiel bekanntlich; das erdrückende Material, das damals der Deffent-

lichkeit übergeben wurde und diese für die Arbeiter günstig beeinflusste, verhinderte die Annahme. Die Ausbeuter ließen ihren Wunsch trotzdem nicht fahren und die Skribenten derselben sind jetzt kräftig an der garnicht sauberen Arbeit, die öffentliche Meinung weiter gegen die Arbeiter zu beeinflussen. Zunächst sind sie dabei, aus den Streikbrechern eine Art Helden zu machen, Gelingt ihnen das, dann ist nur noch ein kleiner Schritt bis zu einem neuen Streikbrecher-schutzgesetz zu thun!

Das Vorhaben hätte immerhin noch Sinn, wenn es Streikbrecher gäbe, die das Bewußtsein in sich trügen, sie lebten in der besten der Welten; wenn die Streikbrecher den Zweck verfolgten: „gegen den Umsturz anzukämpfen“; wenn endlich zum Streikbrechen irgend welcher persönliche Muth nothwendig oder irgend welches gefährliche Risiko dabei erforderlich wäre. Von diesem Allen aber keine Spur!

Die Streikbrecher sind Stützen der „heutigen Ordnung“, sie sind „Gesellschaftsretter“ soweit die Ausbeutergesellschaft in Frage kommt, darüber kann gar kein Zweifel sein; Helden, moralisch hochstehende, selbstlos handelnde Personen sind es aber nicht! Wir wissen freilich, daß von Seiten der Unternehmerpresse die rein abstrakte Möglichkeit fruktifiziert wird, als hätten die Streikbrecher ungeheure Proben von Tapferkeit zu bestehen, um sich des Zwanges zum Streiken zu erwehren, der ihnen angeblich von Seiten der Streikenden angethan wird. Beweise hat man für diese echt demagogische Behauptung noch nicht erbringen können und wir wollen in folgenden Zeilen den moralisch „hohen“ Heldencharakter der Streikbrecher etwas eingehender darlegen.

Um unsere Aufgabe zu lösen, theilen wir die Streikbrecher in drei verschiedene Kategorien. Es giebt Streikbrecher, die bei Eintritt des Streiks die Arbeit erst garnicht niederlegen; dann solche, die den Streik mit beginnen, nach einiger Zeit, noch bevor das Ende des Streiks beschlossen wird, die Arbeit wieder aufnehmen; und endlich kommen die Streikbrecher von auswärts in Betracht.

Welches sind nun die Beweggründe dieser Streikbrecher? Und es ist klar, daß nur diese bei der Beurtheilung der „moralischen Heldenthat“ den Ausschlag geben können.

Die erste Kategorie Streikbrecher wird in der Regel von Polieren und Solchen, die es werden wollen, gebildet. Die Ersteren sind um ihre Stellung bange; sie wissen, daß die Polierstellung mehr von der Gunst des Meisters, als von den persönlichen Eigenschaften des Poliers abhängt; das Zeug, was der Arbeiter zum Vorarbeiter und der Zimmerer zum Polier gebraucht, besitzen sehr viele Personen, denen es nicht vergönnt ist, Vorarbeiter oder Polier zu werden. Wir sehen hier nichts weiter, als nackte Furcht vor Schaden. Bei den Personen aber, die event. Polier werden wollen, und darum beim Streik weiter arbeiten, handelt es sich um persönliche Vortheilshascherei. Oft genug haben gerade diese Personen den allererbärmlichsten Charakter. Wir haben oft genug erlebt, daß Poliere für

die Lohnbewegung waren und mitgestreift hätten, wenn nicht solche elende Menschen hinter ihnen standen und gerade auf den Streik lauerten, um dann den zu verdrängen, der ihnen im Wege stand, nämlich den Polier.

Als dritte Spezies dieser Streikbrecherkategorie nennen wir noch die Individuen, die mit der Lohnbewegung sowohl wie mit dem Streik innerlich vollständig einverstanden sind, aber als ihrer „ehrenhaften“ Erwägungen Schluß sich sagen: „Hilft der Streik nicht, dann kann er mir auch nicht schaden; werden aber Vortheile erzielt, dann bekomme ich dieselben erst recht.“ Sollen wir noch darlegen, wie hoch diese polnische Judenmoral anzuschlagen ist?

Wenden wir uns zur zweiten Streikbrecherkategorie, also zu den Personen, die einen Streik mit beschließen und in denselben mit eintreten, dann aber nach einiger Zeit, noch bevor der Streik sein Ende erreicht hat, die Arbeit wieder aufnehmen. Ein hohes Ideal wohnt diesen Leuten nicht inne. Oft genug werden diese Leute auch von der „polnischen Judenmoral“, von der kleinlichen Gewinnhascherei bewogen. Jemand ein Unternehmer bietet einem solchen Manne etwa die Hälfte von dem, was gefordert wird, oder er macht ihm irgend andere Versprechungen; es kommt auch vor, daß sich der Streikbrecher selbst anbietet, in der Absicht, so die Gunst des Unternehmers zu erobern und daraus Vortheil zu ziehen — natürlich auf Kosten seiner Berufsgenossen!

Nun zu der dritten Kategorie, zu den Streikbrechern von auswärtig. Um den Charakter dieser Leute darzulegen, müssen wir noch bemerken, daß es einmal solche Streikbrecher sein können, die von den Unternehmern durch allerhand Windbeutelien und Lügen veranlaßt werden, nach dem Ort zu kommen, wo der Streik stattfindet. Unter dieser Art Streikbrecher befinden sich oft genug sehr ehrenwerthe Charaktere; würde man diesen Leuten gleich von vorn herein sagen, um was es sich handelt, dann würde sich so gut wie gar Keiner zu dem Schandwerk hergeben.

Außer diesen durch Unternehmerlug und -Trug zu Streikbrechern gestempelten Personen gehören noch solche Individuen zu dieser Kategorie, die von aller Welt als der Ausschuß der Menschheit betrachtet werden. Personen, die moralisch auf die tiefste Stufe gesunken sind — daß dies oft gegen ihren Willen geschieht und daß dabei die wunderbarlichsten Umstände mitsprechen, geben wir gerne zu, indessen kann uns das nicht abhalten, den Charakter dieser Streikbrecher so darzulegen, wie derselbe zu der Zeit ist, wo sie ihre Streikbrecher-Laufbahn beginnen. Diese Personen sind meist soweit heruntergekommen, daß sie bei normalen Zeiten bei keinem Unternehmer Arbeit bekommen, sie gehen nach den Streikorten mit dem festen Vorsatz, entweder eine anständige Abschubsumme von den Streikenden, oder auf einige Tage oder Wochen Arbeit zu erhalten. Meistens handelt es sich bei ihnen noch darum, wieder neue Papiere zu bekommen, denn in der Regel steuern diese Leute alle, wenn auch wider Willen, direkt dem Korrektionshause zu. Um den Weg nach dort etwas zu verlängern, nehmen sie Abschubsumme und Arbeit, oder umgekehrt — jedenfalls ein Beweis, daß ihnen ein „hohes Ideal“ innewohnt!

Man wird hier noch einwenden — besonders aus dem Kreise unserer Leser —, daß Viele aus Noth Streikbrecher werden. Wir geben das nicht nur zu, sondern wir wollen diesen Umstand noch extra hervorheben: Ganz gewiß, es ist schon mancher ehrenwerthe Mann, mancher treue Kamerad vom Hunger und auch von anderen schwerwiegenden Umständen gezwungen worden, Streikbrecher zu werden. Uns selbst hat sich schon oft genug die herzzerreißende Gelegenheit aufgedrängt, vor Männern zu stehen, die weinend die Augen niederschlugen vor Scham und Wuth, weil sie die jämmerlichen Verhältnisse zu Streikbrechern herabgedrückt hatten. Aber gerade im Namen dieser Unglücklichen — so muß man sie in Anbetracht

ihres Seelenzustandes nennen — protestiren wir gegen die nichtswürdige Lüge, als wären die Streikbrecher aus purem Idealismus die Hausknechte der Ausbeuter.

Solche Proteste sind unbedingt von Nöthen, weil die Skribenten der Ausbeuter das humane Verhalten der Arbeiter gegen Streikbrecher dahin auslegen, als sage das innerste Gefühl jedem Arbeiter, daß der Streikbrecher in jeder Beziehung fittlich höher als der Streikende stehe. Wir haben dem gegenüber ausdrücklich festzustellen, daß dieses humane Verhalten Streikbrechern gegenüber einmal die außerordentliche Einsicht in die treibenden Faktoren, dann aber auch die wohlverstandene Praxis der Arbeiter mit sich bringt.

Wir sehen also, daß den Streikbrechern nicht eine Spur von moralischer Heldenhaftigkeit anhaftet, nicht ein einziger idealistischer Beweggrund ist bei ihnen zu finden! Daran läßt sich er-messen, welchen Werth es hat, wenn diese Streikbrecher beschenkt oder mit irgend welchen „Ehrenzeichen“ behangen werden. Jeder Einsichtige wird bei Kenntnißnahme von solchen Vorkommnissen sich sagen: „Die Kreaturen der Ausbeuter haben ihren Lohn bekommen!“ Die Streikbrecher steigen dadurch um kein Haar breit in ihrer Achtung!

Staatshilfe und Arbeitsvermittlung.

Unter dieser Stichmarke bringt der „Vorwärts“ einen Artikel, den wir darum hier wiedergeben, weil es noch immer Sonderlinge giebt, die meinen, die sozialdemokratische Partei habe nicht oder doch nicht genug gethan, um soziale Reformen herbeizuführen:

Eine königliche Regierungsbehörde bescheinigt uns jetzt wieder einmal zur Abwechslung — so schreibt der „Vorwärts“ —, daß wir selbst in den Vorschlägen für die kleinen Mittel, mit denen sich die Auswüchse der jetzigen Wirtschaftsordnung etwas beschneiden lassen, immer zehn Jahre früher dagewesen sind als die patentirten Vertheidiger dieser schönen Wirtschaftsordnung selber. Der grundsätzliche Kampf gegen die heutige Rechtsordnung klärt und schärft unseren Blick eben derartig, daß wir den „Sozialreformen“ auch auf praktischem Gebiete immer meilenweit voraus sind.

Als die sozialdemokratische Fraktion nämlich Ende Januar 1885 jenen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf beim Reichstag einbrachte, den sie mit kleinen Verbesserungen im November desselben Jahres und im Mai 1890 wiederholte, da lautete § 132 c dieses Antrages folgendermaßen:

„Das Arbeitsamt (das als Bezirksbehörde für 200 000 bis 400 000 Einwohner gedacht war und aus einem Arbeitsrath und dessen Hülfbeamten bestand) organisiert innerhalb seines Bezirks den unentgeltlichen Arbeitsnachweis und bildet für diesen eine Zentralstelle. Es ist befugt, in den ihm passend erscheinenden Orten für diesen Zweck Zweigstellen zu errichten.“

Und im § 141 hieß es, daß die Unterhaltungskosten für diese und andere Einrichtungen (Reichsarbeitsamt, Arbeitskammern etc.), die sich angliederten, in den Etat einzustellen seien. Wer erinnert sich nun nicht des Spottes und des Spottes, mit welchen die ganze gouvernementale und Bourgeoispreffe über diese Vorschläge herfiel? Voran marschirte natürlich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Vor uns liegt eines der Erzeugnisse des Febrerviehs, das damals seinen Unflug in dem Blatte trieb. Da wird von den „unerträglichen Zuständen“ gesprochen, zu welchen die 1—200 von uns für das Gebiet des Deutschen Reichs verlangten Arbeitsämter führen müßten; „etwas Positives“ dürfte durch dieselben kaum je zu Stande kommen“ usw. Freund Puttkamer aber schwang sich, als er ein paar Tage nach Einbringung unseres Entwurfs, am 31. Januar 1885, im Reichstage eine seiner schönsten Reden zur „Rechtfertigung“ des Sozialistengesetzes hielt, zu dem prophetischen Satze auf: „Daß Sie sogar noch das Anhängel gemacht haben mit den Arbeitskammern...“, das wird von Jedermann als eine solche Utopie erachtet werden, daß darüber die Diskussion nicht sehr ernsthaft wird gemeint sein können.“ Sobiel aus unseren Erinnerungen.

Und heute erstattet die königliche Zentralstelle für Handel und Gewerbe in Stuttgart auf Anfordern des königlich württembergischen Ministeriums des Innern einen amtlichen Bericht über die staatliche Organisation der Arbeitsvermittlung, in welchem es nach einer tatsächlichen Schilderung des erbärmlichen Zustandes der bestehenden Vermittlungseinrichtungen und nach einem entsetzlichen Plaidoyer für die Kommunalisierung des Arbeitsnachweises, also für die Errichtung öffentlicher Gemeinde-Arbeitsnachweistellen, schließlich heißt:

„Weiter hat sich das Gesamtkollegium einstimmig damit einverstanden erklärt, daß für eine organische Verbindung der örtlichen Arbeitsnachweise untereinander eine Einleitung von Staatswegen und auf Staatskosten getroffen werde. Hierbei werde man aber nicht soweit gehen dürfen, daß man eine besondere Landeszentralanstalt auf Staatskosten errichte, eine Maßregel, welche, von vielen anderen Bedenken abgesehen, jedenfalls für jetzt verfrüht wäre. Die Funktionen einer Zentralstelle für eine solche Verbindung werden vielmehr am zweck-

mäßigsten einer der bestehenden örtlichen Einrichtungen und wohl zweifellos derjenigen in Stuttgart als der bedeutendsten Stelle mit den größten Erfahrungen zu übertragen sein. Daß diejenigen Kosten, welche durch die organische Verbindung der einzelnen Nachweise mit der Centrale und untereinander entstehen, also insbesondere die Kosten der hierdurch erwachsenden Schreibereien, des telephonischen Verkehrs, des Drucks von Formularen u. dergl. m., von Staatswegen getragen werden, wird vom Gesamtkollegium als durchaus begründet angesehen; auch würde dasselbe noch weiter gehen und für gerechtfertigt halten, wenn solchen Orten, welche mit Herstellung zweckmäßiger Einrichtungen vorangehen, in Anerkennung des guten Beispiels, ein Staatsbeitrag zu den ersten Einrichtungskosten zc. gegeben werden würde. Für die hiernach auch für den Staat entstehenden Kosten werde die Einstellung einer entsprechenden Summe in den nächsten Hauptfinanzetat nothwendig werden.“

Hatten wir also nicht Recht mit unseren Eingangsworten? Nach 10 Jahren bekennt sich eine königliche württembergische Zentralstelle zu genau denselben Grundsätzen, die unser erster Arbeiterschutz-Gesetzentwurf aufstellte. Natürlich umgiebt die Behörde ihr Zugeständniß mit denjenigen Vorbehalten und Vorsichtsmäßigkeiten, ohne die es bei einer Amtsstelle des heutigen Klassenstaates nun einmal nicht abgeht. Ohne gemeinwirtschaftliche Organisation kann aus der Arbeitsvermittlung nie etwas Gesehendes werden, so lange sie überhaupt noch von Wichtigkeit wegen der übrigen wirtschaftlichen Zustände ist; aber einzuweichen soll es bei „Unterstützungen“ und Zuschüssen sein. Wenden haben, während wir die frische, vorbehaltlose Organisation durch Spezialbehörden mit staatlicher Gewalt und Autorität forderten. Wenn Alles übereinstimmte, müßten wir ja keine Sozialdemokraten und jene keine Regierungsbehörden sein. Die örtliche Einrichtung denkt sich jedoch die königliche Zentralstelle auch mit einer gleichmäßigen Vertretung von Arbeitern und Unternehmern ausgefaltet, weil sie einseht, daß hierin die Lebensbedingung solcher Dinge beruht; das entspricht ungefähr der Arbeitskammer, die nach unserem Vorschlag neben dem Arbeitsamt gestanden hätte. Angst und Heben äußert die württembergische Behörde freilich vor einem Anschluß an die örtlichen Gewerbegerichte, in denen die bösen Sozialdemokraten meist mindestens die Hälfte der Besitzer haben. Wir könnten einen solchen Anschluß nur für höchst glücklich halten.

So theilt die Zeit zu unseren Gunsten links und rechts schärfere und mildere Buchtigungen an Diejenigen aus, die einst unsere Vorschläge mit aller Wucht der Bornirtheit bekämpften. Oft wird der Zeitraum, den die bürgerlichen und behördlichen Gebirne brauchten, um zu verstehen, so groß sein, daß es nicht mehr viel zu retten giebt für die bestehende Ordnung. In Württemberg werden unsere Genossen, die sich zum Sturm auf den Landtag rühten, zu kontrolliren haben, was uns von der verspäteten Erkenntniß praktisch noch nützt, nachdem sich die wirtschaftlichen Verhältnisse so viel weiter entwickelt haben. Aber als geistige Siegeszeichen können wir solche Urkunden jedenfalls aufpflanzen.

Berichte.

Danzig. Am Dienstag, den 18. September, tagte unsere Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Wahl eines ersten Vorsitzenden und Verschiedenes. Nachdem vom Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung verlesen war, theilte der bisherige Vorsitzende mit, warum er sein Amt niederlegen wolle; er hatte mit einem anderen Kameraden eine kleine Streitfrage, darum ersuchte er die Versammlung, einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Nachdem sich über die Wahl des Vorsitzenden noch verschiedene Kameraden ausgesprochen hatten, wurde Gottfried Herrmann als erster und Otto Buchholz als zweiter Vorsitzender gewählt. Kamerad Sentpiel richtete noch einige Worte an den neuen Vorsitzenden, bereitete sich noch über diese Streitfrage und meinte, daß solche garnicht vorkommen dürfe. Zum zweiten Punkt, „Verschiedenes“, stellte R. Herrmann den Antrag, daß die Versammlungen von jetzt ab um 7 Uhr beginnen möchten, da verschiedene Kameraden außerhalb wohnen und hier in der Stadt arbeiten. Diese müssen jetzt immer so lange herumsitzen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Sallin theilte noch mit, daß jetzt eine Antwort auf das Schreiben vom 13. Juli vom Einigungsamt zurückgekommen sei. Das Einigungsamt sieht die Lohnkommission nicht für kompetent an. Ostki erklärt, daß die alte Lohnkommission trotzdem wieder vorwärts gehen wird. Die Meister mögen für sich eine neue Kommission wählen, bei uns bleibt die alte bestehen; dieselbe wird die Sache nach einer weiteren Besprechung unterziehen. Es wurde hierauf noch beschlossen, den neuen Lohnarif an die Meister zu schicken. Zur Abrechnung unseres Stiftungsfestes, welches am 2. September stattfand, wurden zwei Revisoren, Gräste und Pierig, gewählt. Hierauf Schluß der Versammlung.

Lichterfelde. Am 23. d. Mts. tagte hier eine öffentliche Zimmererverammlung zwecks Gründung einer Zastelle des Verbandes deutscher Zimmerleute. Der Referent, Kamerad Knüpfer aus Berlin, sprach in sehr trefflicher Weise über den Zweck und die Ziele der Gewerkschaftsorganisation. An der Diskussion theilnahmen sich mehrere Kameraden und sprachen im Sinne des Referenten. Da sich sämtliche anwesenden Kameraden in den Zentral-Verband aufnehmen lassen wollten, so wurde beschlossen, eine Zastelle zu gründen. Zu diesem Zweck soll Sonntag, den 14. Oktober, eine Mitglieder-versammlung stattfinden. Hoffentlich werden da sämtliche Kameraden von Lichterfelde erscheinen.

Stralsund. Am 22. September fand unsere regelmäßige Versammlung statt, dieselbe war gut besucht. Herr Schütte hielt einen Vortrag über: „Die deutsche Sozialdemokratie unter dem Ausnahmegesetz“. Der Redner führte zuerst die Verhandlungen und die Abstimmung im Reichstage vor, denen er selbst mit beigewohnt hatte, sodann die Erstarkung der Partei unter dem Schandgesetz, sowie das Austausch des Hochspitzelhumors. Ein Student Komme, welcher mit Schütte zusammen einem Studenten-Zirkel angehörte, entpuppte sich als Polizeient. Die Ausweisungen nahmen in dieser Zeit überhand; ein Prozeß folgte dem anderen, aber trotz alledem erstarkte die Partei immer mehr, welches die Wahlen, sowie die Begrüßungsfeierlichkeiten von Brade usw. bewiesen. Durch Unterstützung der Versammlungen waren die Genossen genötigt, auf andere Art zu agitieren; es entstand das Parteiorgan „Der Sozialdemokrat“, welcher in Zürich gedruckt und nach Deutschland eingeschmuggelt wurde. Die Bewegung lebte wieder immer mehr auf. Im Jahre 1885 kamen 24 sozialdemokratische Abgeordnete in den Reichstag. Wir sehen hierdurch, daß dieses Gesetz zum Vortheil für die Partei war, wir haben damals darauf geiffen, heute possumen wir darauf. Redner versprach in der nächsten Versammlung, am 6. Oktober, diesen Vortrag zum Schluß zu bringen. Reichher Beifall lohnte den Vortragenden. Nach Erledigung noch einiger Verbandsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Zangermünde. Am 1. September tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Nachdem das Protokoll verlesen und die Beiträge entgegengenommen worden waren, wurden die Kameraden A. Döbbelin als zweiter Kassierer und G. Pätzsch als zweiter Revisor in den Vorstand gewählt.

Baugewerbliches.

Die Bauhätigkeit in Altona ist außerordentlich matt; im Monat August wurden nach dem Bericht des statistischen Amtes 11 Neubauten fertiggestellt, davon sind 4 Wohnhäuser; die übrigen sollen anderen Zwecken dienen. Die Zahl der neugebauten Gebäude betrug 27; die Zahl der Wohnungen überhaupt vermehrte sich im August um 27; gewiß eine verschwindende Anzahl gegenüber der Zahl der Bauhandwerker, die in Altona wohnen. — Um die Ursache dieser jammervollen Situation zu zeigen, wollen wir die Angaben über die Bevölkerungsbewegung noch mittheilen. Nach der statistischen Feststellung zogen im genannten Monat von Auswärts 2184 Personen zu, wohingegen 2584 Personen nach Auswärts fortzogen. Der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen betrug 157. Es fand danach eine Abnahme der Bevölkerung um 243 statt. — Da haben wir die ganze Misère, die lediglich eine Folge der kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftsweise ist und die auf Grund dieser Wirtschaftsweise nicht beseitigt werden kann. Das heißt nun freilich nicht, nun können wir schlafen gehen, sondern es liegt klar auf der Hand, daß dieser miserable Zustand den Ausbeuter ansponnt, unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen herabzubrüden. Das schönste Beispiel hierzu bildet das folgende Submissionsresultat: Die Garnison-Bauverwaltung hatte den Erweiterungsbau eines Feldfahrzeug-Schuppens für das Kasernement Hamburg ausgeschrieben, worauf folgende Offerten eingingen: Th. Rauch-Altona M. 19 964,94, F. J. Heitmann-Altona M. 18 788,28, Roggenbuck-Hamburg M. 17 027,59, Stierens-Hamburg M. 16 909,12, Architekt Ehrich-Dithmarschen M. 17 546,33, J. S. Peters-Altona M. 19 199,95, Griesberg-Hamburg M. 17 344,61, Mohr & Abraham-Altona M. 17 224,60. Die aufgeführten „Meister“ gehören alle der Zunft an und wie immer, war ja auch diese Submission nur auf eine gewisse Anzahl Firmen beschränkt. Die Baumaterialienpreise schwanken sicherlich nicht, die Differenz muß also aus den Arbeiterknochen geholt werden, und wir finden hier, daß Einer über 15 Prozent mehr wie der Andere aus den Arbeiterknochen herauszumergeln gedenkt. Der kennt sicherlich den Arbeitsmarkt sehr genau!

Der Arbeitsmarkt in Hamburg-Altona, sowie eine nichtswürdige Schurkerlei, die sich Jemand mit armen Arbeitslosen erlaube, wird übrigens noch durch folgenden Fall beleuchtet: In der ersten Beilage zu Nr. 218 des „General-Anzeiger“ befindet sich folgende Anzeige: „Maurer, Zimmerleute und Arbeitsleute werden gesucht Neuburg 4, prt., Hamburg, Dienstag, M. v. 7—10.“ Auf diese Anzeige hin hatten sich am Dienstag Morgen ja. 500—600 Arbeiter eingefunden, um ihre Arbeitskraft anzubieten. Aber wie groß war die Enttäuschung der Arbeitssuchenden, als Schutzleute auf dem Plan erschienen, welche die Angekommenen aufforderten, sich zu entfernen, da auf der Neuburg 4 gar keine Arbeiter gesucht würden. Die Arbeiter, welche zum Theil von Altona, Dittensen, Wandsbek und so weiter hergekommen waren, zeigten den Beamten vorstehende Anzeige; sie erfuhren jedoch, daß sich irgend ein Lump einen „Scherg“ erlaubt habe. Angesichts solcher Zustände und Vorkommnisse, ist gewerkschaftliche Organisation eine unumgängliche Nothwendigkeit; diese ist wohl im Stande, den schlimmsten „Auswüchsen“ entgegenzutreten. Außerdem müssen wir dahin streben, das Fundament der Misère, das kapitalistische Wirtschaftssystem, zu beseitigen und durch ein sozialistisches zu ersetzen. Jeder Kamerad, der sich von der Organisation zurückzieht, verlängert den gegenwärtigen erbärmlichen Zustand!

Wie's gemacht wird, daß der Mindestfordernde auf seinen Groschen kommt, zeigt die folgende Notiz, die

wir der „Baugewerks-Zeitung“ vom 19. September d. J. entnehmen:

Ein Bauunternehmer blieb beim Neubau einer Kaserne Mindestfordernde mit einem Abgebot von 8 1/2 %. Nach Ansicht der Mitkonkurrenten, welche sämmtlich über, bzw. zum Kostenanschlag offerirt hatten, war bei diesem mit Rücksicht auf die billigen Anschlagspreise verhältnißmäßig hohe Abgebote kaum seine Rechnung zu finden.

Wie löste aber der Unternehmer seine Aufgabe? Außer den Erd- und Maurerarbeiten, welche er selbst ausführte, veranstaltete er bezüglich der übrigen Bauarbeiten unter den einzelnen Unternehmern eine Submission schlimmster Art in der Weise, daß er dem Einen mit des Anderen Offerte die Preise auf's Neueste drückte und dadurch Angebote erhielt, zu denen reelle Arbeiten absolut unausführbar sind.

So z. B. waren veranschlagt die Holzement- Er drückte den bedachungen zu M. 2,— = 1,83 1,20 = 40 % Abgebot. Preis bis

Doppelpapp- bedachungen „ „ 1,20 = 1,10 —,80 = 33 1/3 % „ Dachrinnen „ „ 2,50 = 2,29 1,48 = 41 % „ Alle übrigen Zinkarbeiten durchschnittlich 48 % „

Daß die „Baugewerks-Zeitung“ den Namen des Bauunternehmers verschweigt und auch den Ort nicht nennt, wo diese „Submission schlimmster Art“ vorgekommen ist, läßt darauf schließen, daß wir es auch in diesem Falle mit einem Zunftgenossen, womöglich mit einer Zunftgenossin zu thun haben.

Unter „Hypotheken und Grundstücksbewegung“ in Berlin schreibt „Der Bau“: „Das Grundstücksgeschäft liegt schon heute etwas besser, als zu Anfang des Jahres, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürfte das Kapital sich bald wieder dem Grundstücksmarkt zuwenden.“

Der Verkauf von hausfertigen Parzellen ist kleiner, aber reeller geworden. Der vermögenslose Unternehmer bekommt Baustellen nicht mehr leicht. Die Baustellenverkäufer sind vorsichtiger geworden, sie wollen weder fertige noch unfertige Häuser in Substantiation erwerben müssen und sich noch nachsagen lassen, daß sie darauf ausgegangen, die Bauhandwerker um's Geld zu bringen.

Das klingt ja ganz schön, und wir wissen, daß auf einer gewissen Entwicklungsstufe das Kapital wieder anfängt, „moralisch“ zu werden. Der bloße „Wille“ thut dabei aber nur herzlich wenig; die Nothwendigkeit brennt auf den Fingernägeln. Es ist nämlich auch für „Baubanken“ nicht angenehm, ein ganzes Stadtviertel zu besitzen, zu dem sich keine Miether finden. Ob es in Berlin schon so weit ist, entzieht sich unserer Beurtheilung.

In Pforzheim und an mehreren anderen süddeutschen Orten ist in diesem Jahre die Bauhätigkeit recht reg; die Unternehmer „verdienen“ viel Geld, die Bauarbeiter hungern trotz alledem, weil sie, besonders unsere Kameraden, nicht organisiert sind. Dafür hängt man ihnen das Prädikat „Friedliebend“ an.

Risiko der Bauarbeiter. Bei der nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft wurden im 1. Quartal 1894 folgende Unfälle gemeldet:

Sektion	Folge der Verletzung			Summa
	Tod	Erwerbsunfähigkeit		
		über 13 Wochen	unter 13 Wochen	
1. Berlin . . .	5	71	266	342
2. Brandenburg . . .	1	36	98	135
3. Pommern . . .	2	19	57	78
4. Westpreußen . . .	3	20	42	65
5. Ostpreußen . . .	1	22	47	70
Summa	12	168	510	690

In Gnesen stürzte am 13. September ein im Bau begriffenes dreistöckiges Wohngebäude ein; dabei sind drei Arbeiter schwer verletzt und drei getödtet worden.

Ueber eine schwere Baukatastrophe wird aus Minsk in Rußland telegraphirt: Unweit der Stadt ist am Sonntag ein dreistöckiges Naphtareservoir-Gebäude eingestürzt. Bisher wurden dreizehn Leichen aus den Trümmern hervorgezogen. Viele Arbeiter sind schwer verletzt.

Eine „internationale Jubelausstellung für Bauwesen“ wird für 1895 in Wien geplant. Öffentlich werden dort auch aus jedem Lande einige ausgepöberte Bauarbeiter, sowie Photographien von den Opfern der „Baufunft“, von den durch Baueinstürze verümmelten Leichen mit ausgestellt. Sollte das Centralcomité diese Objekte bei seiner Projektion noch nicht mit Berücksichtigung haben, so möchten wir hierdurch darauf aufmerksam machen; ohne diese Objekte läßt sich über das Bauwesen freilich „jubeln.“

Sozialpolitisches.

Wie Ordentlichkeit und gutes Verhalten immer noch Anerkennung finden, zeigt folgender Fall aus Mecklenburg: Einem Arbeiter, der 38 Jahre in den Betrieben einer Eichorienfabrik thätig war und

sich bei seinem Alter noch einer besonderen Rüstigkeit erfreut, ging vor Kurzem da folgende Schriftstück zu:

„Rostock, den 2. August 1894.“

An den Arbeiter Peter Nicolaï

hiersehbft.

Nachdem sich während Ihrer Abwesenheit zur Genüge herausgestellt hat, daß Ihre Arbeitskraft auf meiner Fabrik gänzlich entbehrlich, da ferner Ihre bereits im besten Mannesalter eingetretene körperliche Unbehüllichkeit mich bei einem in meiner Fabrik möglicherweise leicht eintretenden Unfall mit dem Strafgesetze (?) auf das Unangenehmste in Verührung bringen könnte, was ich ängstlich zu vermeiden habe, so muß ich Ihnen bebauerlich die Mittheilung machen, daß ich Sie ferner nicht mehr in meiner Fabrik beschäftigen kann.

Ihre Papiere erfolgen anbei, als Invalidentarte und Krankenbuch, auch der noch zahlbare 1/2-tägige Lohn mit M. 1,20. Ein Zeugniß über Ihr Verhalten steht Ihnen auf Wunsch jederzeit gern zu Diensten.

Carl Josephi.“

Ob dieses Vorkommniß auch von den Zeitungen beachtet werden wird, die mit großer Genugthuung melden, daß Streikbrecher wegen „ihrer Ordentlichkeit und guten Verhaltens“ „ausgezeichnet“ worden sind? Wir meinen, diesem Herrn Carl Josephi gebührte doch sicherlich auch irgend ein „Ehrenzeichen“.

Jämmerliches Fiasko hat eine von den sächsischen Bergvergewerksunternehmern und ihren Kreaturen eingeleitete Petitionsbewegung gemacht, die ein Gegengewicht bilden sollte gegen eine Petition des Sächsischen Berg- und Hüttenarbeiterverbandes. Diese Petition, die an den Sächsischen Landtag gerichtet war, und in der die im Bergbau herrschenden argen Mißstände schonungslos aufgedeckt wurden, hatte die Herren Unternehmer arg verschupst, und um den Eindruck dieser unwiderstehlichen Thatsache abzuwachen, veranlaßten die Unternehmer eine Gegenpetition. Es fanden sich auch Arbeiter, die ihren Namen für dieses Nachwerk hergaben, und auf allen Schächten, in allen Bergbetrieben Sachsens wurde mit Hochdruck gearbeitet, um Unterschriften für diese Rechtfertigung der Unternehmer zu sammeln, die übrigens auch nicht einmal den Versuch machte, die Behauptungen der Verbandspetition durch Gegenbeweise zu entkräften, sondern sich lediglich in einigen allgemeinen Phrasen vom Umsturz und dergleichen bewegte. Und das Resultat? Gerabezu lässlich! Siebentaufendzweihundertvierundvierzig (7244) Unterschriften. Am Schlusse des Jahres 1894 wurden in Sachsen 29116 Bergarbeiter, wovon 27617 über 16 Jahre alte männliche waren, beschäftigt. Dabei machten die Unternehmer ihre ganze wirtschaftliche Uebermacht geltend, um die Arbeiter zur Unterschrift zu veranlassen. Die Petition wurde in den Revierbüchern ausgelegt und die Beamten forderten zum Unterschreiben auf, und was das heißt, das weiß jeder Arbeiter.

Die Petition wurde dieser Tage von einer Deputation dem Minister des Innern überreicht. Der Herr Minister sicherte der Deputation das feste Wohlwollen der Staatsregierung für die Bergarbeiter zu.

Die sächsischen Bergarbeiter haben durch diese ablehnende Haltung gegenüber der Unternehmerpetition bewiesen, daß sie wissen, wo ihre Interessen am besten gewahrt sind, und daß sie sich von dem Gängelbände der Unternehmer frei gemacht haben. Daß diese erfreuliche Thatsache zu Tage getreten ist, das ist der Unternehmerpetition zu danken, und so hat auch sie ihr Gutes gehabt.

Das neue belgische Wahlgesetz bestimmt, daß alle Kandidaten, die sich um einen Sitz in dem Senate und in der Repräsentantenkammer bewerben, acht Tage vor der Wahl bei dem dazu bestellten Wahlkommissar sich anzumelden haben. Nach diesen Anmeldungen werden die Stimmzettel aufgestellt und den Wählern zugestellt. Kandidaten, die nicht bekämpft werden, denen also die Gegenpartei keine Gegenkandidaten gegenüberstellt, gelten im Voraus als gewählt und werden vor der Wahl amtlich als ohne Wahlkampf gewählte Volksvertreter verkündet; in diesen Wahlbezirken findet also überhaupt keine Wahl statt. Jeder Deputirte erhält fortan freie Eisenbahnfahrt zwischen seinem Wohnsitz und Brüssel und 4000 Frs. Jahrgehalt. Die Arbeiterpartei hat bestimmt, daß jeder gewählte Sozialist 1000 Frs. von seinem parlamentarischen Gehalte an die Parteikasse abzuführen hat.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung. Aus Bremen wird uns über die Entwicklung, den Verlauf und das Ende der Sperre über den Brückenbau geschrieben: Es ist überaus charakteristisch für die Zünnungen, daß ein Zunftgenosse, „meister“ aus Altona den Brückenbau in Bremen bekommen konnte; denn ohne Preisdruck wäre dies nicht möglich gewesen. Wir werden aber auch im Weiteren noch finden, daß in den Zünnungen eine grenzenlose Korruption herrscht.

Als der Zunftgenosse Schmidt aus Altona die Arbeit hier begann, brachte er drei Mann von dort mit, diese arbeiteten von vornherein zwölf Stunden pro Tag. Diese Leute wurden von unserer Seite oft darauf aufmerksam gemacht, daß in Bremen eine fest geregelte Arbeitszeit bestche, indessen klümmerten sie sich darum nicht; die lange Arbeitszeit wurde auch dann noch innegehalten, als die Zahl der dort Arbeitenden größer wurde.

Nun beklagten sich verschiedene hiesige Meister bei uns darüber, daß am Brückenbau der übliche Zuschlag

von 20 Prozent für Ueberstunden nicht gezahlt würde. — Es ist bekanntlich eine beliebte Praxis der Unternehmer, unsere Organisation dafür verantwortlich zu machen, wenn sie, oder doch Einige unter ihnen, die üblichen Modalitäten nicht innehalten, wie wir beiläufig bemerken wollen.

Die Zahl der beim Brückenbau beschäftigten Zimmerer war unterdessen auf etwa 140 gemachsen. Wir ließen selbstredend nicht nach, unseren Einfluß zur Innehaltung der üblichen Arbeitszeit und zur Zahlung des Aufschlages für Ueberstunden geltend zu machen. Wir veranstalteten eine öffentliche Zimmererverammlung, zu der die am Brückenbau beschäftigten Zimmerer öffentlich eingeladen wurden.

Es erschienen von diesen auch ca. 50 Mann in der Versammlung. Sie erklärten aber gleich, daß sie den Abend schon um 7 Uhr Feierabend gemacht und hierbei von dem dortigen Polier Colbe den Bescheid bekommen hätten, daß sie den anderen Morgen nicht wieder anfangen könnten, „weil sie doch zur Versammlung gingen“.

In der Versammlung wurde eine Kommission, aus drei Mann bestehend, gewählt, die den Auftrag bekam, den nächsten Tag bei dem leitenden Ingenieur vorstellig zu werden, damit dieser für eine Regelung der Angelegenheit eintrete. Außerdem sollte diese Kommission zum anderen Tage wieder eine öffentliche Versammlung einberufen und dort Bericht erstatten.

Die Kommission konnte bei dem Ingenieur nichts ausrichten, sie berief die ihr auftragene Versammlung, die von fast allen am Brückenbau beschäftigten Zimmerern besucht wurde, und diese beschloß, Ueberstunden in Zukunft nicht mehr machen zu wollen. Hierauf erfolgte der **A u s s c h l u ß**!

Acht Tage lang war die Baustelle so gut wie von Menschen leer; dann fanden sich nach und nach Streikbrecher, meistens aus Hamburg, Altona, Harburg und Bremerhaven ein. Diese arbeiteten sofort wieder bis Abends 8 Uhr, ja bis 12 Uhr Nachts; wenn das Tageslicht nicht ausreichte, wurden Laternen angezündet; Aufschlag für Ueberstunden wurde nicht gezahlt.

Zimmerin war noch insofern auf Erfolg zu rechnen, weil die Brücke am 1. September fertig sein sollte, nun aber nicht fertig wurde. Der Innungs-„meister“ Schmidt hätte so eine Konventionalstrafe erlegen müssen, die ihm und seines Gleichen für die Zukunft eine heilsame Erinnerung gewesen wäre. Leider scheint der Termin der Fertigstellung verlängert zu sein, denn die Brücke ist bis jetzt noch nicht ganz fertig, obgleich schon wieder viele von denen, die als Streikbrecher herkamen, entlassen worden sind.

Ob nun die Bremer Innungsmeister Anlaß nehmen werden, darauf hinzuweisen, daß der Termin der Fertigstellung zu Unrecht verlängert worden ist, wissen wir nicht. Schmidt kann sich nicht darauf berufen, daß ihn die Arbeiter verlassen haben, er hat dieselben ausgeschlossen, weil sie die unerschöpflich lange Arbeitszeit nicht aushalten konnten. Aber man weiß ja, Schmidt ist Innungs-„meister“ — und gegen einen Kollegen wird nichts unternommen, zumal gegen diesen, der das „Handwerk so prächtig gehoben“ hat!

Charakteristisch in dieser Beziehung ist, daß, während wir in hiesigen Zeitungen das Publikum über den Stand der Sache aufklärten, der Innungs-„obermeister“ eine Erklärung vom Stapel ließ, daß über die hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen gar keine Abmachungen zwischen „Meistern und Gesellen“ beständen. Er versuchte dabei so nebenher noch den hiesigen Leiter unserer Bewegung ordentlich um die Ohren zu schlagen — wie es schien, um dieselben bei uns in Mißkredit zu bringen — und nun wird auch er glauben, zur „Hebung des Handwerks“ sein bescheiden Theil beigetragen zu haben.

Von den entlassenen und nunmehr wieder nach allen vier Winden auseinander geflohenen Streikbrechern haben viele hier tüchtige Bären angebunden, die gewaltig knurren. Von den Bremer Zimmerleuten sind nur vier Streikbrecher geworden; das zeugt gewiß von Körpergeist, der sehr wohl im Stande ist, Mißstände abzuwehren, wenn die Innungsmeister es mit der „Hebung des Handwerks“ ehrlich meinen!

Schließlich wollen wir noch bemerken, daß uns die jämmerliche Haltung der Innungsmeister nicht abhalten soll, bessere Zustände im Zimmergewerbe zu erstreben; der Unternehmer (damit sind auch die „Meister“ gemeint) spielt heute nur noch die Rolle eines Material- und Menschenknochenlieferanten, er hat bei der Bauausführung in dieser Eigenschaft nur so lange Bedeutung, als das grausame kapitalistische Wirthschaftssystem besteht. Die Beseitigung desselben ist unser Streben, an Stelle des Unternehmertums wird demaleinst der Regiebau treten, und dann die Arbeit von freien Genossenschaften ausgeführt werden, zu denen unser Verband die Grundlage bildet. Der Geist dazu ist unter uns vorhanden, sorgen wir, daß derselbe erhalten bleibe. **V o r w ä r t s g e h t e s t r o c h a l l e d e m!**

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ kann sich über unsere „Anzapfungen auf den Holzarbeiterverband vulgo Zündstriebeverbände“ noch nicht beruhigen. Warum? sagt sie uns ebenfalls; sie läßt sich nämlich von einem „Gewährsmann“ — wir vermuthen dahinter einen alten Bekannten — alles Mögliche, aber nicht Befehende über unsere „Zahlstelle Hamburg“ berichten. Daneben muß sie natürlich auch die „Person des Redakteurs jener Zeitung“ — der „Zimmerer“ ist gemeint — begeistern; ihr „Gewährsmann“ hat gewiß auch nach dieser Richtung ihr einige Brocken aus der Dummkiste „versichert“. Wir gratuliren zu diesem „Gewährsmann!“ Sie schließt dann mit der Behauptung, daß der Redakteur dieser Zeitung:

„Die Alleinseligmachung der Branchenorganisation zu beweisen, sich die erdenklichste Mühe giebt.“ Wir sagen dazu: Sancta simplicitas!

Nu die Zimmerer Süddeutschlands richtet sich folgender Aufruf:

Laut Beschluß des vierten Süddeutschen Provinzial-Verbandstages zu München ersuchen wir alle diejenigen Kameraden, welche die nöthigen Kenntnisse und Redegewandtheit besitzen und willens sind, auf Rechnung der Süddeutschen Agitationskommission in ihrem Bezirke als Agitatoren zu wirken, ihre Adresse an Unterzeichneten einzusenden zu wollen. Ferner ersuchen wir alle süddeutschen Lokalvorstände, uns Adressen aus solchen Städten und Orten übermitteln zu wollen, wo noch keine Zahlstellen des Verbandes vorhanden, die Möglichkeit aber nahe liegt, eine solche in's Leben rufen zu können. Gleichzeitig bitten wir, den Vertrieb von Agitationsmarken recht fleißig zu handhaben und das Geld recht bald an uns gelangen zu lassen.

Alle Anfragen, Briefe, Beschwerden und Gelder sind zu richten an **P i u s S c h i l l i n g**, Zimmermann, Neckar-gärten-Mannheim, Mittelstraße 112, 3. Etage.

Die **Güstrower Arbeiter** machten dieser Tage, da sie erfahren hatten, daß ein Mitglied des Aufsichtsrathes anwesend war, einen Versuch, mit dem Unternehmer zu unterhandeln. Sie glaubten sich zu dem Schritt umsoher verpflichtet, als sie nichts unterlassen wollten, was einen eventuellen Frieden herbeiführen könnte. Es wurden drei Arbeiter deputirt, denen jedoch, ohne daß sie den Direktor oder das Aufsichtsrathsmitglied gesprochen hatten, bedeutet wurde, die Fabrik zu verlassen, da der Direktor bereits von Allem unterrichtet und durchaus nicht geneigt sei, mit der Deputation zu verhandeln. Also selbst ein so weitgehendes, ja fast beschämendes Anerbieten der Arbeiter wurde abgewiesen durch die Fabrikleitung, die den Streik durch ihr unqualifizierbares Verhalten der gänzlichen Rechtlosmachung der Arbeiter vom Haun gebrochen hat.

Mag der Streik nun einen Ausgang nehmen, welchen er will, die ausständigen Arbeiter dürfen mit dem beruhigenden Bewußtsein ihrer hohen Pflichterfüllung und begleitet von den Sympathien der Einwohner Güstrows und der großen Arbeiterchaft den Ausgang abwarten; jedoch die Rolle des Unternehmertums und seiner Helfershelfer wird das öffentliche Urtheil, wenn es ehrlich ist, verdammen müssen.

Streiks in Oesterreich. Nach einer Mittheilung in der „Statistischen Monatschrift“, 1893, kamen in Oesterreich (außer Ungarn) im Jahre 1891 im Ganzen 104 Streiks vor. Die Arbeitseinstellungen erstreckten sich auf 1916 Unternehmen, die zusammen 40 486 Arbeiter beschäftigten. An den Arbeitseinstellungen nahmen Theil 14 025 Arbeiter, die ca. 250 000 Arbeitstage verloren. Nach ihren Motiven vertheilten sich die Streiks folgendermaßen:

Für Lohnerhöhung	26
Gegen Lohnerabsetzung	16
Für Lohnerhöhung und Verminderung der Arbeitszeit	28
Für Verminderung der Arbeitszeit in Verbindung mit anderen Forderungen außer Lohnerhöhung	7
Für Beseitigung mißliebiger Aufseher oder Verhinderung der Ausschließung von Arbeitern	7
Wegen der Waisfeier (ohne andere Forderungen)	4
Für andere Zwecke	16

In 19 Fällen haben die Arbeiter vollständig gesiegt, in 29 Fällen erreichten sie eine theilweise Bewilligung ihrer Forderungen, in 54 Fällen sind sie dem Kapital unterlegen. Von den acht größeren Streiks ging nur einer gänzlich verloren (Glaskleiser im Bezirk Gaboritz — er umfaßte 260 Arbeiter, 58 pZt. der gesammten Arbeiterchaft der betroffenen Unternehmungen, und dauerte eine Woche).

1892 gab es nur 85 Streiks. Am häufigsten waren sie in der Textil- und in der Metallindustrie.

In beiden Jahren entfällt endlich ungefähr ein Viertel der Streikfälle auf kleine, drei Viertel auf große Betriebe; an der Gesamtzahl der Streikenden partizipiren die letzteren natürlich mit noch ungleich größeren Antheilen.

Der englische Gewerkschafts-Kongress, der in diesem Jahre vom 3.—9. September in Norwich (Hauptstadt der englischen Grafschaft Norfolk) tagte und von 380 Delegirten besucht war, ging diesmal weit über den Rahmen seiner sonstigen Thätigkeit hinaus und zeigte im Vergleich zum vorigen Jahre eine noch bedeutendere sozialistische Färbung. Alle Diejenigen, die stets, wenn sie die deutschen Gewerkschaften, die garnicht einmal eine ausgesprochene politische Tendenz haben dürfen, zu diskreditiren gedenken, auf die englischen Trades-Unions hinweisen, die von der sozialdemokratischen „Umsturz“-Partei nichts wissen wollen, werden nun bald eines Besseren belehrt sein.

Nicht allein, daß mit 276 gegen 16 Stimmen beschlossen wurde, in der nächsten Parlamentssession das Achtstundengesetz für Bergarbeiter in der ursprünglichen, die Distriktsabstimmung ausschließenden Form von Neuem einzubringen, kamen folgende Resolutionen zur Verhandlung und wurden mit mehr oder minder großen Majoritäten (viele einstimmig) angenommen.

Resolution, die die Verschleppungsmethode im Parlament verurtheilt und das parlamentarische Comité beauftragt, auf Vereinfachung des Geschäftsganges im Parlament zu dringen;

Resolution, die sich für gegenseitige Förderung der Genossenschaften und der Trades-Unions ausspricht und den letzteren anempfiehlt, ihre Statuten dahin abzuändern, daß es ihnen möglich wird, einen Theil ihrer Fonds in Produktivgenossenschaften anzulegen, um auf solche Weise in den Besitz der Rohprodukte und der Produktionsmittel zu gelangen;

Resolution zu Gunsten der Zahlung von Diäten an Parlamentsmitglieder und Deckung der technischen Wahlkosten aus den Gemeindesteuern;

Resolution mit Bezug auf verstärkte Sicherheitsvorschriften im Bergwerksbetriebe und obligatorische Dampfessel-Revisionen;

Resolution, die die Bekanntmachung aller Lieferungs- und Arbeitskontrakte der Regierung verlangt;

Resolution, die die wiederholte Vergebung der Lieferungen von Schweinefleisch für die Marine u. an Ausländer verurtheilt;

Resolution, die die Beseitigung des Truchsystems, darunter Verbot aller Abzüge für Plazmiethie, Beleuchtung, Motormiethie, Fabrikaffen u. verlangt;

Resolution zu Gunsten gesetzlicher Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden im Tag oder 48 Stunden pro Woche für alle Industrien; mit 256 gegen 5 Stimmen angenommen;

Resolution, die die Regierung auffordert, die durch die Lords zu Fall gebrachte Haftpflicht-Reform-Bill in der nächsten Session wieder einzubringen;

Resolution, die die Sicherstellung der ländlichen Arbeiter gegen Austreibung von Haus und Feld verlangt, nach dem Beispiel des Gesetzes über die Wohnstätten irischer Landarbeiter;

Resolution, die die Vermehrung der Fabrikinspektoren und die vermehrte Einstellung von Leuten verlangt, welche praktische Kenntniß der Industrie, d. h. selbst in Fabriken gearbeitet haben;

Resolution, welche Festsetzung von Strafen für solche Unternehmer verlangt, die nach Orten, wo der Arbeitsmarkt bereits genügend versehen ist, noch mehr Arbeiter einführen oder einführen lassen;

Resolution, welche die Vergebung von Druckarbeiten der Regierung für mehr als drei Jahre verurtheilt; dazu wurde noch einstimmig angenommen, daß die Regierung aufzufordern sei, nach Ablauf der bereits geschlossenen Verträge ihre sämmtlichen Druck-sachen in eigener Regie herstellen zu lassen;

Resolution, die die Nationalisirung des Bodens, der Bergwerke, der Bergwerkregale befürwortet, mit einem Zusatzantrag, der überhaupt die Nationalisirung der Produktions-, Distributions- und Austauschmittel verlangt. Diese ganz und gar sozialistische Resolution vereinigte 219 gegen 61 Stimmen. Vor vier Jahren wurde eine Resolution, die ähnlich lautete, noch mit 363 gegen 55 Stimmen abgelehnt.

Im Gegensatz dazu fand der reaktionäre Antrag der **Miss Whyte**, sich gegen die Bestimmung im Fabrikgesetz-entwurf zu erklären, die den Ministern bevollmächtigt, die Beschäftigung von Frauen in gewissen ungesunden Berufen zu verbieten — auch nicht eine Stimme Unterstützung.

Angenommen wurde noch eine Resolution, die ein Verbot der Zulassung mittelloser Einwanderer fordert. Sie war beantragt von Justiz, dem Sekretär des Schuhmacherverbandes und Vertreter der Bekleidungsindustrie, sowie J. H. Wilson, dem Leiter des Matrosen- und Heizerverbandes, Beide traten eifrig für sie ein; ferner eine Resolution, welche die Aufnahme einer ganzen Reihe von scharfen, auf strenge Ueberwachung und Einengung des Schmirbelarbeiters gerichtete Vorschriften in's Fabrikgesetz fordert. Des Weiteren wurde noch beschlossen, eine Kommission von 15 Mitgliedern zu wählen, die gemeinsam mit dem parlamentarischen Sekretär einen Plan zur Zentralisirung der noch zerstückelten Organisationen, Bildung von Distriktsverbänden u. ausarbeiten soll.

Kurz vor Schluß des Kongresses fand noch mit Einstimmigkeit eine Resolution Annahme, welche die Abschaffung des Vetorechts der Lords fordert.

Ein allgemeiner Gewerkschaftskongress tagte kürzlich in Nantes (Frankreich). Vertreten waren: 17 Arbeitsbüros, die 724 Gewerkschaften zählen, 26 Gewerkschaftsverbände, die 615 Gewerkschaften umfassen, und 143 keinem Verbands angehörige Gewerkschaften, also zusammen 1482 Gewerkschaften. Die Zahl der Delegirten betrug rund 200.

Ein vorausgegangener Sozialistkongress sagte, die **Streiks** betreffend, folgende Resolution:

Die Arbeiterpartei, d. i. der Klassenbewußte und organisirte Theil des Proletariats, sieht und hat in den Streiks nie etwas Anderes gesehen, als die natürlichen und notwendigen Folgen der auf dem Interessen- und Klassenwiderstreit beruhenden kapitalistischen Gesellschaft.

Die zwischen der Arbeit und dem Kapital ausbrechenden Konflikte sind eine Offenbarung und die gleichzeitige Verurtheilung der wirthschaftlichen Unordnung, die man uns als die Ordnung par excellence aufdrängen möchte.

Der Sozialismus treibt zu keinen Streiks. Er provoziert sie nicht, weil selbst da, wo sie ausnahmsweise ihr Ziel erreichen, sie die Arbeiter in ihrer Stellung als Proletarier und Lohnarbeiter fortbestehen lassen. Aber er rechnet mit ihnen als mit einer Sache, die sein Verhalten und seine Pflichten bestimmt.

Niemand kann daran denken, den Arbeitern den Streit zu unterlagen, weil er, wenn auch eine noch so ungenügende Waffe, doch die einzige ist, die sie unter dem heutigen wirtschaftlichen Regime zur Verteidigung ihres Erwerbs und ihrer Würde haben. Sie vom Streit abzulenken, hieße sie entblößen vor dem Unternehmertum, ermutigt, seiner Ausbeutungsgier die Zügel schießen zu lassen.

Unsere Pflicht ist es vielmehr, überall, wo ein Konflikt zu Tage tritt, die Verteidigung der Streitenden zu übernehmen. Je weniger wir Streikankstifter sind, desto mehr haben wir den Arbeitern beizustehen, die sich gezwungen sehen, sich einer unerträglich gewordenen Arbeit zu entziehen.

Ein ungleiches und theilweises Mittel der Verteidigung innerhalb der heutigen Gesellschaft, kann der Streit, selbst verallgemeinert, um desto weniger das Werkzeug der Befreiung der Arbeiterklasse sein.

Den Generalstreik vorbereiten, hieße das Proletariat in eine Sackgasse führen, es gegen sich selbst in Streitende und Nichtstreikende trennen, hieße die Landarbeiter in einem Kampfe um die gemeinsame Befreiung immobil machen (lahm legen) und unsere Niederlage selber bereiten.

Auf dem politischen Gebiete ist es, wo der Proletarier dem Kapitalisten gleich, ja über ihm steht, da die Proletarier die Zahl bilden (die Masse sind).

Nur durch die politische Thätigkeit, nur durch die Erringung der öffentlichen Gewalt können sich die organisierten Arbeiter befreien, indem sie die Produktions-, Verkehrs- und Austauschmittel vergesellschaften.

Die englischen Trades-Unions, d. h. die mächtigsten gewerkschaftlichen Organisationen Europas, haben diese Nothwendigkeit auf ihrem Kongreß von Norwich soeben anerkannt und proklamirt, und der allgemeine spanische Arbeiterbund ist ihnen auf diesem Wege gefolgt.

Und gestützt auf diese neuen und wertvollen Bestimmungen kann die Arbeiterpartei die Beschlüsse ihrer früheren Kongresse nur bestätigen und den Arbeitern Frankreichs als unerlässliche Mittel des Heils empfehlen:

1. Die gewerkschaftliche oder korporative Organisation behufs des Schutzes ihrer unmittelbaren Interessen.
2. Die politische Organisation zur Eroberung der Staatsmacht zur endgültigen Befreiung der Arbeit wie der Gesellschaft.

Gewerbegerichtliches.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Dortmund am 18. September sind die organisierten Gewerkschaften dem vereinigten Ordnungsbreie unterlegen. Die Kandidaten der „christlichen Patrioten“ erhielten 1689 bis 1697, die Kandidaten der Gewerkschaften 1543 bis 1550 Stimmen.

In der Arbeitgeberklasse, wo nur eine ordnungsparteiliche Liste vorhanden war, sind 231 gültige Zettel abgegeben worden, von denen 16 Änderungen der Liste aufweisen; 7 Zettel waren ungültig.

Das Dortmunder Arbeiterblatt bemerkt dazu: „Das Resultat der Gewerbegerichtswahlen ist für die Klassenbewußte Arbeitererschaft Dortmunds sehr unerfreulich. Mit circa 140 Stimmen sind ihre Kandidaten denen des vereinigten Ordnungsbreies unterlegen und die beschämende Thatsache hat sich ergeben, daß ein großer Theil der Dortmunder Arbeiter noch in der Gefolgschaft der Unternehmer marschirt, noch in dem Wahne befangen ist, daß die Interessen der Arbeiter mit denen der Arbeitgeber identisch seien. Was nun? Muthlos und verzagt die Hände in den Schooß legen? Das wäre feige und auch gänzlich unberechtigt. Zum Pessimismus haben wir keinen Anlass. Wenn mit dieser Niederlage „alles aus“ wäre, wie sich ein großer Schwarzzeher äußerte, dann wäre die ganze Partei schon oft genug an Niederlagen verblutet. Wir sind aber im Gegentheil der Meinung, daß diese Niederlage uns sehr heilsam sein kann, wenn wir die richtigen Schlüsse daraus ziehen, wenn uns dieselbe ein Ansporn ist zu um so eifrigerer Arbeit im Weinberge der Partei. „Früh auf zum neuen Kampf!“ muß die Parole lauten. Lernen wir aus unserer Niederlage. Zum un männlichen Klagen haben wir keine Zeit. Haben die Gegner diesmal noch siegreich das Feld behauptet, so müssen sie in Zukunft um so sicherer unterliegen. Es gilt namentlich, die gewerkschaftliche Bewegung, die hier in Dortmund noch sehr im Argen liegt, zu festigen. So mancher gute Parteigenosse gehört thatsächlich seiner Berufsorganisation nicht an. Hier muß Wandel geschaffen werden und an die Gewerkschaftskommission treten ernste Anforderungen heran. Andererseits aber muß auch mehr für die Verbreitung unseres Organes gearbeitet werden. In jeder Arbeiterfamilie muß es Eingang finden. Besonders aber hüte man sich vor persönlichen Kämpfen und Reibereien, die unsere Kräfte zersplittern und hemmen, bei den gleichgültigen unseren Ruf schädigen. Thut jeder Genosse und Gewerkschaftler in Zukunft seine Pflicht, so ist uns um den Ausgang der nächsten Erziehung zum Gewerbegericht nicht bange. Also auf zur energischen Arbeit! Wegen wir die Scharte aus!“

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Polizeipraktiken in Sachsen erregen bei allen ernst zu nehmenden Leuten Bedenken. Das sozialpolitische Centralblatt äußert sich dazu folgendermaßen: „Sogar den gewerkschaftlichen Organisationen will jetzt die sächsische Polizei ein Ende bereiten, und zwar mit Maßregeln, welche die größten gesetzlichen und politischen Bedenken wachrufen müssen. Die königliche Amtshauptmannschaft zu Chemnitz hat wegen der Veranstal-

tung und Beaufsichtigung von Versammlungen an die ihr unterstellten Gemeindebehörden folgende Verfügung erlassen: „Die königliche Amtshauptmannschaft hat neuerdings mehrere bei ihr angemeldete öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlungen verboten, weil aus den begleitenden Umständen zu entnehmen war, daß der Zweck dieser Versammlungen darauf gerichtet war, die daleibst erscheinenden Textilarbeiter und Arbeiterinnen aufzufordern, daß sie dem Textilarbeiter-Verbande beitreten. Der letztere steht hinsichtlich seiner Gliederung in Filialen und Zahlstellen mit §§ 24 und 25 des sächsischen Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 im Widerspruch. Nun ist zwar durch eine neuerliche Aenderung des Verbandsstatutes bestimmt worden, daß dort, wo einer solchen Gliederung gesetzliche Hindernisse im Wege stehen, von der Errichtung der Zahlstellen abgesehen und statt dessen nur ein Vertrauensmann bestellt werden soll. Aber auch durch diese veränderte Einrichtung, welche überdies den ausgesprochenen Charakter einer Gesetzesumgehung trägt, ist die im Königreiche Sachsen verbotene Gliederung nicht beseitigt, da auch der Vertrauensmann, genau so wie die „Zahlstelle“ eine „Ortsverwaltung“ repräsentirt, welche die Mitgliederbeiträge erhebt, einen Theil derselben sogar für eigene Zwecke zurückbehält, das Vereinsorgan vertritt etc., und hinter welcher eine „Mitgliedschaft“ steht, die eigene Versammlungen abhält, Wahlen vornimmt und insbesondere den Vertrauensmann selbst ernannt. Einer solchen Organisation anzugehören ist aber nach §§ 24, 25 des Vereinsgesetzes gleichbedeutend mit strafbar und die Aufforderung zum Beitritt daher eine Aufforderung zur Gesetzesübertretung, welche nach § 5 des Vereinsgesetzes das Verbot der Versammlung notwendig bedingt. Nachdem die königliche Amtshauptmannschaft diese Auffassung in einem Bescheid ausdrücklich gebilligt und das Versammlungsverbot bestätigt hat, wird die unterzeichnete königliche Amtshauptmannschaft auch fernerhin demgemäß verfahren. Es ergibt sich aber hieraus auch die weitere Folgerung, daß die Herren Gemeindevorstände oder deren Vertreter, welche mit der Ueberwachung von öffentlichen Versammlungen oder Vereinszusammenkünften beauftragt sind, Aufforderungen, den örtlichen Organisationen des Textilarbeiterverbandes oder ähnlichen beziehentlich anderen verbottenen Vereinen oder Vereinsorganisationen beizutreten, keinesfalls dulden dürfen, sondern gegen den betreffenden Redner vorkommenden Falls gemäß §§ 8 und 9 des Vereinsgesetzes mit sofortiger Wortentziehung einzuschreiten, beziehentlich, wenn ihnen nicht Folge geleistet wird, die Versammlung aufzulösen haben. Außerdem sind derartige Aufforderungen zur Bestrafung nach § 10 des Reichsstrafgesetzbuches anzuzeigen.“ Das Verbot der Einsetzung von Vertrauensmännern ist offenbar ungesetzlich; es kann keiner Arbeitergruppe verweigert werden, solche Vertrauensleute in öffentlichen Versammlungen zu wählen und fortlaufend mit ihnen zu verkehren. Auch kann eine „Gesetzesumgehung“ unmöglich strafbar sein, denn sie bedeutet ja gerade eine Anpassung an das Gesetz. Eine Fortsetzung dieser sächsischen Polizeipraktik gegen reine Gewerkschafts-Organisationen muß zum offenen sozialen Kriege führen.“

Solche Aeußerungen erregen natürlich den Mißmuth der sächsischen Unternehmertreuen und flugs kommt ein solcher, gewiß gut bezahlter Bittler her und läßt in der „Leipziger Zeitung“ die folgenden faulen Witze vom Stapel: „Bei Besprechung der polizeilichen Maßregeln, welche während der letzten Zeit in Chemnitz und Umgegend gegenüber den Zahlstellen und örtlichen Organisationen sozialdemokratischer Gewerkschaften ergriffen worden sind, ist in der Presse vielfach, so u. A. in dem „Sozialpolitischen Centralblatt“, die irrthümliche Meinung vertreten gewesen, daß es sich um ein Einschreiten gegen „reine“ Gewerkschaftsorganisationen handle. Wenn hierunter solche Organisationen verstanden werden, welche sich ausschließlich im Rahmen von § 152 der Gewerbeordnung bewegen, d. h. nur die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit“ bezwecken, so würden sie schon durch die angezogene Gesetzesvorschrift vor jeder Beanstandung geschützt sein. Die Gewerkschaften, deren örtliche Organisationen aufgelöst worden sind, haben aber nicht bloß thatsächlich in ihren Versammlungen und Vereinszusammenkünften die politische Agitation im Sinne der Sozialdemokratie geduldet und getrieben, sondern ihre statutenmäßigen Zwecke gehen auch vielfach und in wesentlichen Punkten über den geschützten Rahmen des § 152 der Gewerbeordnung hinaus. So nennt z. B. der Textilarbeiter-Verband unter seinen Aufgaben: Vornahme statistischer Ermittlungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse etc., Regelung des Verkehrs- und Herbergswezens, unentgeltlichen Rechtsschutz bei gewerkschaftlichen Streitigkeiten und dergleichen. Ebenso unterhalten und vertreiben die meisten dieser Gewerkschaften eigene im parteipolitischen Sinne wirkende Verbandszeitschriften. Unter solchen Umständen fallen diese Gewerkschaften unter das Verbot der Verbindung und Vereinsgliederung in § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes und die Polizeibehörden sind nach § 25 des Gesetzes nicht nur befugt, sondern schlechterdings verpflichtet, ihre örtlichen Organisationen aufzulösen.“

Der Chymismus hat in Sachsen eine ziemlich hohe erreicht, das beweist diese „Rechtfertigung“.

Der „Kampf gegen den Umsturz“ hat bereits begonnen. Dem „Vorwärts“ wird aus Deutchen (D.S.) geschrieben: Der Bevollmächtigte der dortigen Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes hatte zwecks Abhaltung von Vereinsabenden eine Privatwohnung gemiethet, da ein öffentliches Lokal nicht aufzutreiben war. An dem

Tage, an dem der erste Vereinsabend stattfinden sollte, kam ein Polizeibeamter in das Komtoir seines Chefs; gleich darauf wurde er gerufen und ihm eröffnet, daß er entlassen sei, da der Chef durch die Polizei vor ihm gewarnt worden sei; er wäre ja ein ganz gefährlicher Mensch, was er garnicht gewußt habe. So wurde also in diesem Fall ein völlig unbedeutender nüchtern Mann, Familienvater, welcher dreizehn Jahre zur vollsten Zufriedenheit in dem Geschäft thätig war, sofort entlassen! Gleich darauf wurde durch den Polizei-Inspektor und fünf Polizeibeamte in seiner Abwesenheit (!) in der Wohnung Hausdurchsuchung gehalten und Alles durchsucht. Zum Schluß wurden die Mitglieder-Versammlungen wegen Cholera-Gefahr (!) verboten.

In der Frage, ob Vereine der Polizeistunde unterliegen, hat das Schöffengericht Ritzdorf kürzlich eine verneinende Entscheidung getroffen. Ein Bericht darüber besagt: Bei der Feststellung des Thatbestandes bei Ueberschreitung der Polizeistunde wird von den Beamten auch der Umstand in Betracht gezogen, ob der betreffende Schankwirth den anwesenden Gästen Feierabend geboten hat, dies aber widerrechtlich in dem Lokale verblieben sind. Nach einer endgültigen Entscheidung des Kammergerichts bleibt in einem solchen Falle der Wirth strafrei. Nunmehr wird aber gegen solche Gäste, welche der Aufforderung des Wirthes, das Lokal zu verlassen, nicht nachkommen, von Seiten der Behörde der Strafantrag wegen Ueberschreitung der Polizeistunde gestellt, wenn der Wirth die Bestrafung der Gäste wegen Hausfriedensbruchs nachsuchen ablehnt. Ein derartiger Fall kam kürzlich vor dem Ritzdorfer Schöffengericht zur Verhandlung. Der Schankwirth H. hatte einen Raum seines Lokals einem Gesangsverein überlassen, dessen Zusammenkünfte überdies polizeilich angemeldet waren. Revidirende Beamte fanden eines Tages im Juni d. J. nach Eintritt der Polizeistunde noch vier Personen in den Wirthschaftsräumen, und da H. erklärte, daß diese Gäste sich geweigert hätten, das Lokal zu verlassen, so stellten die Beamten die Personalien der Bier fest und diese wurden beschuldigt, sich nach gebotenen Feierabend über die Polizeistunde hinaus in dem H.'schen Lokale aufgehalten zu haben, und es wurde ihnen durch polizeiliches Strafmandat eine Geldbuße auferlegt. Das Schöffengericht sprach die Vier auf deren Widerspruch frei, da dieselben nachwiesen, Mitglieder des Gesangsvereins zu sein, dessen Zusammenkünfte im H.'schen Lokale stattfanden und H. sich zur Ueberlassung seines Lokals verpflichtet hatte. Solche Vereine, so führte das Schöffengericht aus, sind zur Innehaltung der Polizeistunde nicht verpflichtet — Solchen Erkenntnissen ist Bedeutung immer nur für den betreffenden Ort beizumessen, wo dieselben stattgefunden haben.

Literarisches.

Der Sozialdemokrat, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Beuthstraße 2).

Der Hochverraths-Prozess wider Liebknecht, Bebel, Deumer vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872. Mit einer Einleitung von W. Liebknecht. Berlin 1894. Verlag der Expedition des „Vorwärts“. 10. Lieferung. S. 433 bis 480. Preis 20 M.

In dem soeben erschienenen 10. Hefte nehmen die Auszüge der berühmten Liebknecht'schen Rede über die politische Stellung der Sozialdemokratie und Liebknecht's eingehende Erörterung über die Entfaltung derselben und die ihr zu Grunde liegende Situation in der Politik und im Parteileben den größten Theil des Raumes ein. Wer weiß, wie oft und auch noch in der letzten Zeit diese Rede Liebknecht's Gegenstand der Diskussion in und außerhalb der Partei war, der wird mit größtem Interesse die Auseinandersetzungen in dem vorliegenden Hefte lesen. Man fühlt sich, wenn man die große Rede L.'s vor dem Gerichtshofe liest, in die Zeit der schroffen Gegensätze zwischen Eisenachern und Lassalleanern versetzt. Sicherlich denkt heute in der Partei Niemand mehr in gleicher Weise über diese Verhältnisse, aber zum Verständnis der Parteikämpfe jener Zeit ist andererseits diese Rede überaus werthvoll.

Das Hefte enthält ferner juristisch interessante Scharnhügel zwischen Angeklagten und Verteidigung einerseits und dem Vorsitzenden des Gerichtshofes andererseits. Endlich enthält das Hefte den Anfang des Heinen'schen Pamphlets „Ein europäischer Soldat an seine Kameraden“. So wenig dasselbe auch die Auffassung unserer Partei widerspiegelt, so ist es doch von großem Interesse, nicht bloß wegen des agitatorischen Tones, sondern auch wegen der Naivität, mit der der alte 48er Revolutionär unter dem Militär agitatorisch wirken zu können meinte. —

„Die Wohlfahrt“, Zeitschrift für volksthümliche Heilweise und soziale Gesundheitspflege. Verlag von Josef Betanek, Reichenberg (Böhmen), Friedländerstr. 12. Abonnementspreis pro Jahr M. 3. Das soeben herausgegebene Hefte 9 bringt folgenden Inhalt: Ursprung der Seuchen. Von Hermann Wolf. — Die aktive und passive Bewegung als Heilmittel der Naturheilkunde (Fortsetzung). A. Die Massage. B. Die Heilgymnastik. Von Arthur Schürdt. — Die Diphtheritis (Fortsetzung). Von G. St. Kostato. — Gesichtsausschlag (Schluß). Von G. A. Roller. — Die Lungenschwindsucht. — Das Menschenleben im Aberglauben. — Hygienische Rundschau: Beschluß des hygienischen-demographischen Kongresses, betreffend den achtstündigen Arbeitstag u. A. m.

Abrechnung

des Verbandes deutscher Zimmerleute und verwandter Berufsgenossen über das 2. Quartal 1894.

Position	Lokalverband	Zahlende Mitglieder	Einnahme.								Ausgabe.													
			Bestand vom 1. Quartal		Eintritts-Gebühr		Beiträge		Sonstige Einnahme		An die Hauptkassengefandt		Total-Ausgabe		Streit-Unter-fügung		Bestand in der Lokalkasse		Summa		Zubiel gefandt		Rest	
			M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ
1	Altona	116	—	—	7	50	459	20	40	80	507	50	326	69	270	33	—	—	—	—	597	2	—	—
2	Altenburg	32	25	73	2	—	63	—	19	6	109	79	45	50	28	23	15	—	21	6	109	79	—	—
3	Ahrensburg	21	25	85	3	50	39	30	—	—	68	65	30	3	2	83	20	—	15	79	68	65	—	7
4	Ahrensbüd	24	90	84	5	—	53	50	—	—	149	34	—	—	14	64	—	—	93	75	108	39	—	—
5	Augsburg	12	21	90	—	50	26	20	—	—	48	60	18	84	7	86	—	—	21	90	48	60	—	15
6	Angermünde	13	19	53	1	—	21	60	1	—	43	13	15	82	27	88	—	—	—	—	43	70	—	—
7	Berlin	169	69	45	11	50	458	50	126	40	665	85	345	50	212	92	—	—	123	68	682	10	—	—
8	Bremen	250	141	27	39	—	658	20	954	4	1792	51	180	25	159	76	954	4	190	67	1484	42	—	—
9	Breslau	330	—	—	35	50	766	40	—	—	801	90	507	3	343	39	—	—	—	—	850	72	—	—
10	Bergeborf	70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11	Barmen	16	43	7	2	—	44	50	—	—	89	57	71	59	4	87	—	—	13	11	89	57	—	27
12	Bochum	41	103	43	7	50	156	20	—	—	267	13	114	68	62	85	—	—	89	69	267	22	—	9
13	Bromberg	22	41	47	1	—	45	70	2	10	90	27	32	69	20	88	—	—	36	70	90	27	—	—
14	Bülow	51	46	84	1	—	83	10	—	—	130	94	19	79	14	80	—	—	57	27	91	86	—	59
15	Braunschweig	66	—	—	19	50	127	60	—	25	147	35	103	9	—	—	44	21	—	—	147	30	—	—
16	Boizenburg	21	30	1	4	50	60	70	—	—	95	21	—	—	18	35	—	—	26	28	44	63	—	53
17	Bielefeld	56	82	40	14	—	104	20	—	35	200	95	83	59	13	51	—	—	103	85	200	95	—	—
18	Brintum	21	18	5	1	—	48	70	—	—	67	75	19	50	6	50	—	—	26	45	52	45	—	—
19	Barth i. P.	26	6	72	1	—	48	15	849	40	905	27	36	35	8	—	835	80	25	12	905	27	—	—
20	*Chemnitz, Eingetr.	17	—	—	1	50	13	35	—	—	14	85	14	85	—	50	—	—	—	—	15	35	4	45
21	Celle	94	140	3	14	50	216	70	—	—	371	23	161	84	83	70	—	—	125	69	371	23	—	—
22	Cassel	22	3	48	5	50	20	40	—	—	29	38	—	—	8	8	—	—	6	39	14	47	—	18
23	Cöslin	57	140	85	5	—	100	80	—	—	246	65	74	6	25	10	—	—	147	49	246	65	—	—
24	Colberg	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25	Criwitz	15	22	67	4	—	38	5	—	25	64	97	—	—	5	19	—	—	36	28	41	47	—	—
26	Calbe	28	28	2	6	—	49	20	—	—	83	22	38	64	32	91	—	—	11	67	83	22	1	9
27	Cuxhaven	34	—	—	3	50	59	—	—	—	62	50	60	67	1	83	—	—	—	—	62	50	—	—
28	Charlottenburg	33	12	46	2	—	84	55	4	15	103	16	62	1	36	75	—	—	7	23	105	99	—	—
29	Cannstatt	—	17	30	1	—	9	50	—	—	27	80	—	—	—	65	—	—	11	13	11	78	—	—
30	Cöpenick, Eingetr.	21	—	—	9	50	29	40	11	60	50	50	15	60	15	—	—	—	19	90	50	50	—	15
31	Duisburg	43	107	21	3	—	67	10	—	—	177	31	—	—	?	?	—	—	?	?	?	?	—	—
32	Doberan	27	9	93	3	50	43	95	—	—	57	38	33	22	5	95	—	—	18	20	57	37	—	—
33	Delmenhorst	89	—	—	5	—	243	40	—	—	248	40	173	88	106	83	—	—	—	—	280	71	—	—
34	Dortmund	74	63	17	14	—	144	30	—	—	221	47	90	—	69	80	—	—	40	86	200	66	—	—
35	Düsseldorf	87	82	47	17	50	188	—	—	—	287	97	144	85	53	55	—	—	90	57	288	97	—	—
36	Dirschau	30	17	60	5	50	51	65	—	—	74	75	1	—	24	55	—	—	7	88	33	43	—	—
37	Danzig	110	108	71	64	—	182	35	—	75	355	81	173	69	67	90	—	—	114	22	355	81	—	—
38	*Dresden	370	?	?	88	50	649	20	75	15	812	85	526	39	?	?	—	—	?	?	526	39	—	—
39	Deffau, Eingetr.	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	80	—	—	—	—	—	—	2	80	—	—
40	Essen	44	?	?	8	50	77	90	—	—	86	40	59	78	?	?	—	—	?	?	59	78	—	—
41	Erfurt	16	33	56	2	50	39	20	—	—	75	26	29	17	14	7	—	—	32	2	75	26	—	—
42	Elmsborn	77	238	75	11	—	241	30	—	—	491	5	176	40	91	49	—	—	222	16	490	5	—	—
43	Eisenach	17	44	90	6	50	35	30	—	—	86	70	29	26	36	30	—	—	21	14	86	70	—	—
44	Entin	26	30	55	1	50	60	20	—	—	92	25	43	19	13	9	10	—	25	97	92	25	—	—
45	Eternförde	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
46	Elbing	33	14	93	10	—	42	55	—	—	67	48	39	17	18	77	—	—	—	—	57	94	—	—
47	Eilenburg	27	5	2	4	—	33	45	—	—	42	47	26	78	4	73	—	—	10	96	42	47	—	—
48	Freiburg	28	25	36	4	—	48	70	—	50	78	56	37	24	4	30	—	—	37	2	78	56	—	—
49	Flensburg	119	—	10	10	—	339	85	—	—	349	95	—	—	54	30	—	—	52	17	106	47	—	—
50	Flottbek	60	46	13	4	—	206	45	—	—	256	58	—	—	70	92	—	—	38	34	109	26	—	—
51	Frankfurt a. M.	23	—	—	1	50	44	40	3	15	49	5	7	54	11	77	—	—	5	15	24	46	—	—
52	Friedland i. M.	32	5	76	15	50	52	5	—	—	73	31	47	38	1	—	—	—	25	3	73	41	10	—
53	Fürth	26	7	38	8	—	41	40	—	—	56	78	34	58	19	5	—	—	3	15	56	78	—	—
54	Görlitz	62	30	63	9	—	146	—	14	—	199	63	108	50	59	42	—	—	31	71	199	63	—	—
55	Guben	47	62	26	11	50	87	90	—	—	161	66	111	12	32	87	—	—	59	21	203	20	1	18
56	Güstrow	35	62	67	2	—	69	30	5	—	138	97	49	91	54	63	—	—	34	43	138	97	—	—
57	Grebesmühlen	45	20	29	4	50	75	—	22	11	121	90	55	65	39	40	—	—	26	85	121	90	—	—
58	Gaarden	13	—	62	2	50	42	5	5	88	51	5	31	19	7	—	—	—	12	86	51	5	—	—
59	Gotha	14	177	41	—	—	24	10	—	—	201	51	16	87	15	42	10	—	159	22	201	51	—	—
60	Glogau	12	—	—	—	—	28	90	—	—	28	90	20	23	4	—	—	—	4	67	28	90	—	—
61	Greifenhagen	7	19	73	1	—	14	45	—	—	35	18	10	78	12	—	6	—	6	40	35	18	—	—
62	Gera	12	61	52	1	—	25	5	—	—	87	57	33	1	3	54	—	—	65	58	102	13	—	—
63	Gadebusch	57	100	10	4	—	104	65	—	—	208	75	90	—	9	35	—	—	67	79	167	14	—	—
64	Goslar	25	33	—	2	50	43	35	29	25	108	10	32	10	29	93	—	—	46	7	108	10	—	—
65	Gelsenkirchen	29	5	67	—	—	39	40	—	—	52	7	15	78	6	78	10	—	—	—	32	56	—	—
66	Grünberg i. Schl., Eingetr.	26	—	—	14	50	31	50	—	5	46	5	32	23	2	95	—	—	10	87	46	5	—	—
67	Hannover	144	24	49	29	—	215	70	—	—	269	19	171	30	90	60	—	—	7	30	269	20	—	—
68	Hamburg	719	330	59	35	—	2409	15	38	5	2812	79	1699	9	999	18	—	—	96	14	2794	41	—	—
69	Harburg	74	304	60	7																			

Position	Lokalverband	Zahlende Mitglieder	Einnahme.										Ausgabe.														
			Bestand vom 1. Quartal		Eintritts-Gebühr		Beiträge		Sonstige Einnahme		Summa		An die Hauptkaffe gefandt		Lokal-Ausgabe		Streit-Unterstützung		Bestand in der Lokalkaffe		Summa		Zuviel gefandt		Rest		
			M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.	ℳ	M.
	Transport ..	5888	4547	20	824	—	13846	50	2313	36	21531	6	9315	9	4697	93	2025	5	4040	65	20078	72	17	32	1914	18	
95	Mainz, Ausgetr.	11	8	38	—	—	20	45	—	50	29	33	14	32	6	26	—	—	8	75	29	33	—	—	6	77	
96	Malchow	29	19	97	1	—	54	60	—	—	75	57	38	57	10	21	—	—	26	44	75	22	—	—	—	35	
97	Malchin	32	70	96	—	—	64	30	—	—	135	26	45	1	7	27	15	—	67	98	135	26	—	—	—	—	
98	Memel	13	30	6	1	50	26	45	—	—	58	1	19	56	12	5	—	—	26	40	58	1	—	—	—	—	
99	Winden	55	59	12	10	50	98	75	—	—	168	37	—	—	91	—	—	—	—	—	91	—	—	—	—	96	48
100	Wünchen	97	50	59	23	50	153	10	59	59	286	78	170	—	96	63	—	—	17	51	284	14	—	—	—	35	17
101	Wünster	40	?	?	12	50	38	10	—	—	50	60	40	60	?	?	—	—	?	?	40	60	5	18	—	—	
102	Wunden i. S., Eingetr.	21	—	—	10	50	19	50	—	—	30	—	21	—	29	—	—	—	8	71	30	—	—	—	—	—	
103	Neumünster	118	70	97	15	—	331	55	40	50	458	2	242	59	125	99	—	—	89	44	458	2	—	—	—	—	
104	Neubrandenburg	19	18	33	4	—	25	95	6	68	54	96	14	29	21	1	—	—	12	98	48	28	—	—	—	—	
105	Neustadt i. M.	18	4	35	3	—	41	10	—	—	48	75	—	—	—	80	—	—	13	83	14	63	—	—	21	74	
106	Neubukow	33	26	76	2	—	60	50	—	—	89	26	43	75	13	90	—	—	31	61	89	26	—	—	—	—	
107	Neukloster	9	10	94	—	—	17	55	—	—	28	49	10	87	1	80	—	—	14	94	27	61	—	—	—	88	
108	Nordhausen, Eingetr.	20	—	—	9	50	29	55	—	—	39	5	27	25	1	17	—	—	10	53	38	95	—	—	—	10	
109	Ohlau	49	65	60	2	50	88	90	—	—	157	—	59	33	49	86	—	—	43	16	152	35	—	—	4	65	
110	Osnabrück	14	23	30	—	—	47	80	—	—	71	10	33	98	1	80	—	—	21	72	57	50	—	60	—	—	
111	Osterburg	33	55	5	1	50	60	60	—	—	117	15	43	47	31	17	—	—	42	51	117	15	—	—	—	—	
112	Obersloe, Ausgetr.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	9	—	—	—	—	—	—	6	9	—	—	—	—	
113	Ottersleben	23	86	24	1	—	41	55	—	—	128	79	29	80	24	64	—	—	74	35	128	79	—	—	—	30	
114	Ovenstedt	17	24	85	—	50	39	20	—	—	64	55	27	79	7	93	10	—	18	83	64	55	—	—	—	—	
115	Oderberg	7	1	39	1	—	11	80	—	—	14	19	8	96	1	35	—	—	3	88	14	19	—	—	—	—	
116	Potsdam	29	35	42	6	50	67	50	—	—	109	42	51	80	33	70	—	—	23	92	109	42	—	—	—	—	
117	Pinneberg	39	67	81	4	50	124	35	6	55	203	21	90	20	50	35	—	—	62	66	203	21	—	—	—	—	
118	Parchim	14	35	43	1	—	30	90	—	—	67	33	19	1	2	20	—	—	46	12	67	33	—	—	—	—	
119	Preeß	41	48	61	4	—	107	70	—	—	160	31	78	29	47	44	—	—	34	68	160	41	—	—	—	—	
120	Pyritz	8	3	90	—	50	10	20	—	—	14	60	8	30	2	10	—	—	4	20	14	60	—	—	—	—	
121	Rafeswall	10	15	59	—	—	19	95	—	—	35	54	12	40	6	5	—	—	15	53	33	98	—	—	13	60	
122	Rirmafens	18	13	54	10	50	17	20	—	—	41	24	—	—	4	51	—	—	20	50	25	1	—	—	21	35	
123	Renzlin	15	12	86	—	50	28	65	—	—	42	1	20	41	1	50	—	—	20	10	42	1	4	50	—	—	
124	Rasing i. B., Eingetr.	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	—	—	—	
125	Quedlinburg	26	15	33	—	—	50	70	8	—	74	3	40	56	11	86	—	—	21	61	74	3	—	—	—	—	
126	Rawitsch, Eingetr.	19	—	—	10	50	17	70	—	—	28	20	19	74	2	34	—	—	6	12	28	20	—	—	—	—	
127	Rostock	84	—	—	2	50	200	70	—	—	203	20	100	—	73	41	—	—	—	—	173	41	—	—	46	31	
128	Rendsburg	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
129	Rehna	41	46	65	2	50	78	30	—	—	127	45	56	29	18	55	—	—	52	65	127	49	—	—	2	79	
130	Rudolstadt	7	10	33	1	50	28	80	—	—	40	63	2	—	4	10	—	—	8	79	14	89	—	—	—	2	
131	Rixdorf	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
132	Rathenow	29	48	32	6	50	50	—	25	—	105	7	39	80	27	75	—	—	37	52	105	7	—	—	—	—	
133	Rahstedt	10	—	—	6	50	33	40	—	—	39	90	23	73	2	77	—	—	9	30	35	80	—	—	—	—	
134	* Reichenbach i. B., Eingetr.	39	—	—	20	50	51	45	—	—	71	95	44	4	18	52	—	—	3	9	65	65	—	—	—	3	
135	Stendal	44	18	91	2	—	78	35	25	—	99	51	65	15	11	75	—	—	22	61	99	51	5	32	—	—	
136	Steinbek	49	64	90	2	50	156	80	40	—	224	60	112	79	50	83	—	—	61	98	225	60	1	—	—	—	
137	Schwerin	69	8	76	3	50	179	60	79	90	271	76	128	17	126	14	—	—	17	45	271	76	—	—	—	—	
138	Stuttgart	62	11	35	15	50	135	90	45	29	208	4	105	98	66	23	—	—	35	83	208	4	—	—	28	47	
139	Stade	11	29	67	2	50	29	20	—	—	61	37	22	95	12	65	—	—	25	77	61	37	—	—	11	19	
140	Schwartau	30	10	4	1	—	73	—	10	40	94	44	51	80	23	39	—	—	19	25	94	44	—	—	—	—	
141	Schwaan	31	45	71	2	—	42	—	—	—	89	71	35	25	9	10	—	—	6	56	50	91	—	—	38	80	
142	Stralsund	51	—	—	7	50	120	80	—	—	128	30	—	—	36	61	—	—	1	88	38	49	—	—	89	81	
143	Stettin	177	183	25	14	—	317	90	50	—	515	65	332	33	195	34	—	—	87	48	515	15	—	—	—	48	
144	Stargard i. B.	83	29	12	10	—	195	25	—	—	234	37	143	40	58	45	—	—	32	52	234	37	—	—	—	51	
145	Schönberg i. M.	22	160	14	—	—	41	55	—	—	201	69	34	8	2	55	—	—	165	6	201	69	—	—	—	—	
146	Spremberg	32	30	26	2	50	58	75	3	—	94	51	42	87	8	70	—	—	42	94	94	51	—	—	—	—	
147	Schwarzenbek	26	11	59	2	—	60	10	—	—	73	69	41	44	10	96	—	—	21	29	73	69	—	—	—	—	
148	Sangerhausen	18	57	92	1	—	42	5	—	—																	

Abchluss der Hauptkasse.

Einnahme.

Bestand vom ersten Quartal	M. 15268,97
Laut Tabelle aus den Zahlstellen	13557,73
Von Neustadt a. d. Orla	1,60
Schönningstedt den Rest vom 1. Quartal	17,14
An Unterstützung zurück	2,60
Abonnementgelder	19,20
Für Verbandslieder	3,75
An Rechtskosten zurück	26,70
Von Danzig vom Streit zurück	1000,—
Aus den Zahlstellen für Danzig	2034,—
Ein Stempel von Reichenbach zurück	1,—

Summa M. 31932,69

Ausgabe.

Gehalt an die Beamten	M. 900,—
Für Hülfsarbeit	167,20
„ sieben Protokolle an den Verbands-	„
Schriftführer	14,—
Vorstandssitzungen	27,75
Ausföhrungsungen zc.	22,11
Revision der Hauptkasse	35,30
Porto	167,08
das Verbandsorgan	4253,71
Streitunterstützung	5775,35
Kontrolle in Danzig und Barth	117,—
Unterstützung an Gemäßregelte	104,—
Reiseunterstützung	115,—
Agitation	897,80
Rechtsschutz	181,18
Drucksachen, Schreibmaterial zc.	394,20
Buchbinderarbeit	150,—
Beitrag an die Generalkommission	383,80
diverse Stempel	53,90
Telegramme	3,25
Diverse	1,80
Bestand am Schluss des zweiten Quartals	18168,26

Summa M. 31932,69

Die Revisoren:

- H. Bösenberg, Eimsbütteler Chaussee 45, Hs. 9, 2. Et.
- H. Müller, Nordersstraße 49, 4. Et.

Für die Richtigkeit:

- H. Müllerstein, Hauptkassierer, Fehlerstraße 28, 1. Et.
- A. Groß, 2. Verbandsvorsteher, Kastanienallee 30, 1. Et.

Der Vorstand:

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokal-Vorstände resp. Vertrauensleute bei.

Berichtungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Berichtungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Ahrensböck.** Mittwoch, den 3. Oktober.
- Berlin.** Mittwoch, 3. Oktober. (Siehe Anzeigentheil)
- Barmen.** Sonntag, den 7. Oktober, bei Wülfling, Oberböhrner- und Rogigerstraßenecke.
- Braunschweig.** Donnerstag, den 4. Oktober, bei Everling, Dehlshlagern 40.
- Boizenburg.** Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal.
- Charlottenburg.** Dienstag, den 2. Oktober, bei Krause, Bismarckstraße 74.
- Celle.** Mittwoch, den 3. Oktober.
- Cöpenick.** Sonntag, den 30. September, Nachmittags 6 Uhr, bei Gaul.
- Danzig.** Dienstag, den 2. Oktober, Abends 7 Uhr, im Verbandslokal, Breitegasse 42, von da ab alle 14 Tage.
- Dortmund.** Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 2 Uhr, bei Wutke, Auf dem Berge.
- Dessau.** Sonnabend, den 6. Oktober, in der „Reichskrone“, Sandstraße 11.
- Eilenburg.** Donnerstag, den 4. Oktober, im Bergkeller.
- Frankfurt.** Donnerstag, den 4. Oktober.
- Gelsenkirchen.** Sonnabend, den 6. Oktober.
- Glogau.** Dienstag, den 20. Oktober, bei Weidner, Hinterdom.
- Goslar.** Sonnabend, den 6. Oktober, bei Wollentin.
- Guben.** Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 7 Uhr, bei Engelmann, Markt 13.
- Hamburg.** Dienstag, den 2. Oktober, im engl. Livoli, St. Georg, Kirchenallee.
- Halberstadt.** Dienstag, den 2. Oktober, in Bollmann's Lokal, Valenstraße 63.
- Harburg.** Dienstag, den 2. Oktober, bei Büßinghoop, Bergstraße 7.
- Herne.** Sonntag, den 7. Okt., bei Hochstraße, Wilhelmstr.
- Krivitz.** Sonntag, den 30. Sept., bei Lübbert, Herberge.
- Lehe-Gesfemünde.** Dienstag, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr, auf der Zentralherberge.
- Lübeck.** Dienstag, den 2. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei Sparmann, Hundestraße 101.
- Ludwigshafen.** Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, bei Peter Schulz, Friesenheimerstraße 47.
- Memel.** Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 11 Uhr, Gartenstraße 1.
- München.** Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 Uhr, im „Passauer Hof“, Dultstraße 4.
- Münster i. W.** Sonnabend, den 6. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei A. Weinberg, Hörsterstraße 37.
- Münden i. S.** Dienstag, den 2. Oktober, bei Wittwe Fink, Langestraße.
- Neu-Kuppin.** Sonnabend, den 6. Oktober, bei C. Ganschow, Gartenstraße 3.
- Neubrandenburg.** Sonntag, den 7. Oktober, bei Kreibitz, am Kuhdamm.
- Neubrückow.** Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, bei Legel.
- Nordhausen.** Montag, den 8. Oktober, Abends 8 Uhr, in „Stadt Berlin“.
- Pinneberg.** Sonntag, den 30. September, Nachmittags 4 Uhr, in der „Centralhalle“.

- Reudsburg.** Dienstag, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Bittack.
- Reichenbach.** Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, in Herrmann's Lokal, Weststraße 32.
- Sangerhausen.** Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Adolf Menn.
- Schwartau.** Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, in Sternberg's Lokal, in Hensfeld.
- St. Johann.** Sonntag, den 7. Oktober, bei Gastwirth Hüflein, Blumenstraße.
- Stargard.** Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, Schußstraße 19.
- Stendal.** Sonntag, den 7. Oktober.
- Tangermünde.** Sonnabend, den 6. Oktober.
- Uelzen.** Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal.
- Wittenberge.** Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, auf der Herberge.

Anzeigen.

(Laut Beschluß der Generalversammlung wird den Anzeigen der Kostenpreis in Klammern beigedruckt. Wir eruchen nun, ohne weitere Aufforderung das Geld in Briefmarken unter der Adresse A. Ringmann, Hamburg-Barmbeck, Fehlerstraße 28, 1. Et., einzufenden. Von Zeit zu Zeit werden wir dann öffentlich darüber quittiren; dadurch werden ganz erhebliche Unkosten und auch ein groß Theil Arbeit gespart.)

Lokalverband Charlottenburg.

Am Dienstag, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Krause, Bismarckstr. 74:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Der Kampf um's Dasein. Referent: Genosse Timm.
 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Fragekasten.
- Sämmtliche Mitglieder sind eingeladen. [M. 1,20]
Gäste willkommen. Der Vorstand.

Berlin.



Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 9 Uhr, bei Ehrenberg, Annenstr. 16:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Timm.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- NB. Die Kameraden werden ersucht, zahlreich zu erscheinen, da im dritten Punkt der Tagesordnung Vieles zu erledigen ist. [M. 1,30]

Berlin.

Meine Wohnung befindet sich von jetzt ab:
 **Thäxstraße 3, Qu. III.** 
 [M. 1,80] **Carl Bethke, Lokalkassierer.**

Flensburg.

Montag, den 1. Oktober, Morgens 9 Uhr:

Quartal



bei Hals's, Schleswiger Chaussee. [M. 2,10]

Achtung!

Wer den Aufenthalt des Zimmerers N. Wangelin, geboren am 23. August 1875 zu Hagenow, kennt, wird hierdurch gebeten, die Adresse desselben an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Wangelin hat hier ein kleines Andenken hinterlassen.
 [M. 2,40] **Lübbert, Cribitz i. M.**

Scherm's Reise-Handbuch
 für wandernde Arbeiter.
 Mit 3 Karten, gebunden Mark 1,50.
 Durch J. Scherm, Nürnberg u. alle Buchhandl.

Genossen!

Kauft nur den  **„Vleistift „Solidarität“**  von **Jean Bloß, Stein bei Nürnberg.**

Berkehrslotale, Herbergen usw.

(Jahres-Inserat unter dieser Rubrik nebst Gratis-Abonnement gegen Einsendung von M. 8.)

- Berlin N.** Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60, Restauration, Arbeitsvermittlung und Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.
- B. Zipfle, Markusstraße 14, Eingang Grünerweg, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Julius Raumann, W., Rulmstr. 36, Restauration, Arbeitsvermittlung, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.
- Bergedorf.** Zentralherberge und Verkehrslotal bei Joh. Bez, Lippertvierte 8.
- Breslau.** Verkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse: Herrenstr. 19, Brauerei, Zentralherberge „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
- Charlottenburg.** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jedes Monats: Versammlung, Verkehrslotal sowie Zahlstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer beim Kameraden H. Krause Bismarckstr. 74.
- Danzig.** Vereins- und Verkehrslotal (Privatlokal) des Lokalverbandes, Breitegasse 42. Dasselbe ist nur Abends von 6 Uhr ab geöffnet.
- Dresden.** Verkehrslotal und Herberge: „Gasthof zum goldenen Faß“, Münzgasse 3. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 2. Bezirk.
- Zeh's Restaurant, Mittelstraße 6. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 1. Bezirk, sowie der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle I.
- Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1. Jeden Sonnabend: Zahlstelle des Verbandes, 3. Bezirk, sowie alle 14 Tage der Zentralkrankenkasse, Zahlstelle II.
- Düsseldorf.** „Neue Welt“, Flingerstraße 37/39, Krankenkassen- und Verbandslokal, sowie Zentralherberge.
- Hamburg.** Zentralherberge: Vitz (vormals Diehl), Große Rosenstraße 37.
- Hamburg-St. Georg.** Aug. Bräsecke, Steinthorweg 2, Keller.
- Hamburg-Eimsbüttel.** Fr. Lemde, Verkehrslotal Belle-Alliancestr. 49.
- Hamburg-Barmbeck.** D. Niemeyer, Wohlborferstr. 9, 2. Et. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hamburg-Barmbeck.** Verkehrslotal für Zimmerer, Rud. Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Elbsstraße.
- Hannover.** Versammlungslotal bei Bolte, Neuestr. 27, Zentralherberge bei Klingens, Ballhofstr. 1.
- Harburg.** Versammlungslotal der Zimmerer u. Zentralherberge bei Herrn Büßinghoop, erste Bergstraße 7.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal: H. Wrage, „Volksballe“.
- Leipzig.** Verkehrslotal und Arbeitsnachweis bei Neubauer, Restauration, Universitätsstr. 6, Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse „Universitätskeller“, Ritterstr. 7, Herberge Al. Fleischergasse, Max Saupe's Restaurant, Kassirer der Zentralkrankenkasse: Joseph Frische, Leipzig-Reudnitz, Leipzigerstr. 3, und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
- Lübeck.** Verkehrslotal: Fr. Spahrman, Hundestr. 101, Arb.-Nachw.: F. Strunk, Rosenstr. 14/6.
- München.** Das Verkehrs- und Versammlungslotal des Lokalverbandes befindet sich im „Passauer Hof“, Dultstraße 4. — Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr, findet hier Versammlung statt.
- Rostock.** Verkehrslotal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei W. Marien, Beguinenberg 10.
- Spandau.** Zimmererherberge und Verkehrslotal bei H. Schulz, Adamstraße 9.
- Stettin.** Verkehrslotal, Vogirhaus, Zahlstelle des Verbandes deutscher Zimmerleute und Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse bei Fr. Garrath, Bogislavstraße 22.
- Stuttgart.** Verkehrslotal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankenkasse, Holzstraße 18, Zentralherberge, „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstraße 14.
- Wilhelmshaven.** Verkehrslotal u. Herberge im Vereins- und Kongerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshavenerstr. 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.